Deutsche Ausgabe. Nur als Manuskript gedruckt.

# INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 16. 4. Februar

4. Jahrgang 1924

Redaktion: Wien, VIII., Lange Gasse 26/12. — Zentralversand: IX., Berggasse 31. — Postadresse: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29. — Telegrammadresse: Wien, Inprekorr. — Einzahlungen für Österreich: Postscheckkonto Richard Neumann, Nr. 194.914.

## INHALT:

Die Lage in Deutschland und die KPD. Von G. Sinowjew 167

**Politik.**

Die Parlamentswahlen im Saargebiet. Von Zink . . 172

**Wirtschaft.**

Die Wirtschaftslage in der Schweiz und die Aufgaben der Arbeiterklasse. Von Zuercher . . . . . 173

**Arbeiterbewegung.**

Die Gewerkschaftsspalter in Deutschland am Werke. Von Heckert . . . . . 174

Die englische Arbeiterpartei und der Lokomotivführerstreik. Von Lada . . . . . 175

**Jugendbewegung.**

An die werktätige Jugend der ganzen Welt! . . . . . 176

**Aus der Internationale.**

Brief des EK. der KI. und des Vollzugsbüros der RGI. an die Familie des Genossen Lenin . . . . . 177

**Aufrufe.**

Der Internationale Bauernrat an die Bauern und Arbeiter der ganzen Welt! . . . . . 177

**Buchbesprechungen:**

Schriften zur Währungsfrage . . . . . 178

# Die Lage in Deutschland und die KPD.

Von G. Sinowjew.

### Aus einer Rede, gehalten auf der XIII. Parteikonferenz der RKP.

** Auf unserer Herbstkonferenz haben wir das Vorhandensein einer ernsten politischen Krise in Deutschland festgestellt. Unsere Opposition hat oft darüber gespottet, daß wir über diese Frage nicht allzuviel gesprochen haben. Das war für sie ein Beweis dafür, daß unsere Partei aus „Schweigern" besteht, daß das Leben in der Partei erloschen ist usw. Ich denke, daß sie das innere Wesen einer bolschewistischen Partei sehr schlecht kennen, wenn sie die Sache in dieser Weise erklären und einschätzen. Ich sage nicht, daß in der Partei alles in der besten Ordnung war, aber wenn auf unserer Herbstkonferenz angesichts der ungeheuer wichtigen Ereignisse vollkommene Einmütigkeit unter uns geherrscht hat, dann habe ich den Mut, Euch, Genossen aus der „Opposition", zu versichern, daß diese Einmütigkeit nicht darauf beruhte, daß wir etwa „Schweiger" sind, sondern daß sie dem Wesen der bolschewistischen Partei entsprang. Die Partei hat begriffen, daß eine Situation entstanden ist, die man nicht anders einschätzen konnte, als eine revolutionäre Situation mit sehr großen Aussichten auf Erfolg. Die Partei hat begriffen, daß es sich, wenn ein solcher Augenblick gekommen ist, nicht nur darum handelt, Reden in die Luft zu sprechen, und eine große Diskussion vom Stapel zu lassen, sondern darum, die der Gesamtlage entsprechenden Schlußfolgerungen zu ziehen. Mir scheint, gerade darin findet unsere damalige Stimmung ihre Erklärung. Alle haben wir die Lage in der Weise eingeschätzt, daß die Revolution in Deutschland eine Frage von Wochen ist. Alle Nachrichten unterstützten diese Annahme. Die pessimistischesten Ansichten unterschieden sich von den optimistischesten nur darin, daß die pessimistischen Genossen die Revolution zwei, drei oder vier Wochen später erwarteten.

Das waren also die großen Differenzen. Manche Genossen sagten: „Es ist eine Frage von Tagen"; andere behaupteten: „Zwei, drei oder vier Wochen später werden wir eine solidere Mehrheit in den Arbeitermassen haben, und dann werden wir obenauf sein". Charakteristisch für die Sachlage war der Riesenstreik im August: starkes Schwanken in den Reihen unserer Gegner, in den Reihen der deutschen Sozialdemokratie. Die Kommunistische Partei wurde durch eine revolutionäre Welle von einer Höhe emporgehoben, wie wir sie in Deutschland noch nie erlebt haben. Das Kleinbürgertum begann auf die Seite der Kommunistischen Partei zu treten. Die Bauernschaft war schwankend geworden, die Mark entwertete sich in katastrophaler Weise, die Bourgeoisie verlor den Kopf, rote Hundertschaften wuchsen überall in den Betrieben, die Betriebsrätebewegung erstarkte — mit einem Worte, das typische Bild einer wirklichen vorrevolutionären Krise stand vor uns. Darum gab es nur eine Frage: Was ist eine bolschewistische Partei nach zwei Jahren neuer Wirtschaftspolitik, wie wird sie handeln? Wird sie zögern, wird sie diskutieren, wird sie den Überklugen, die in diesem Augenblick sagen: „Wir dürfen nicht riskieren," die Führung überlassen, oder wird die russische Partei als die wichtigste Partei der Kommunistischen Internationale auf ihrem Posten sein und die ganze Last der Verantwortung auf sich zu laden wagen?

Ich weiß, daß eine große Enttäuschung unvermeidlich war, als der Sieg der Revolution ausblieb. Man sagte uns: Ihr habt uns ja die Revolution „versprochen" — wo ist denn Eure Revolution geblieben? Eine solche Stimmung hat es unter den Arbeitermassen gegeben, und zwar aus vollkommen erklärlichen Gründen. Aber ich denke, Genossen, daß sowohl das ZK. wie auch die Komintern Euch sagen müssen, daß wir, wenn sich ähnliche Fälle wiederholen, unter denselben Verhältnissen ebenso handeln müssen. Wir haben uns hier im Tempo der Ereignisse geirrt, worin sich Marxisten schon sehr oft geirrt haben, Marx selbst nicht ausgeschlossen. Was Wunder, wenn auch wir, die Schüler von Marx, das Tempo der Ereignisse mit der deutschen, der französischen, der polnischen, der tschechischen und mit anderen Parteien, die mit uns zusammen die Beschlüsse faßten, irrtümlich beurteilten?

Aber im wesentlichen haben wir uns ebensowenig geirrt wie die Bolschewiki nach der Niederlage des Dezemberaufstandes im Jahre 1905, als sie im Gegensatz zu den Menschewiki sagten: „Die zweite Revolution wird kommen"! — und sie kam.

In der Frage des Zeitpunktes hat sich Lenin damals geirrt. Er hat den Beginn des Aufstandes für das Frühjahr 1916 „festgesetzt" und dann mußte dieser auf den Spätsommer „verlegt" werden. „Nach der Beendigung der Feldarbeiten" — sagte Wladimir Iljitsch — „wird der Bauer beweglicher sein." Aber der Aufstand kam auch im Spätsommer nicht, sondern erst nach vielen Jahren. Die Menschewiki haben natürlich über die nicht eingetroffene „Prophezeiung" viel gespottet.. In der Zeitfrage haben sich die Marxisten und auch Marx selbst nicht selten geirrt, weil wir über kein solches Instrument verfügen, das es uns ermöglichen würde, in dieser Frage jeden Irrtum zu vermeiden. Aber in der Haupteinschätzung der Klassenkräfte und darin, daß ein zweite Revolution unvermeidlich ist, hat sich der Bolschewismus nicht geirrt und in dieser Frage hat sich auch die Kommunistische Internationale nicht geirrt. Die zweite Revolution in Deutschland ist unvermeidlich, und die Zeit, die uns von ihr trennt, ist nicht allzu lang.

Genossen, Ihr werdet ohne weiteres verstehen, daß nach dem Mißerfolg, nach dem kampflosen Rückzug eine mehr oder minder ernste Krise der Partei, eine mehr oder minder gründliche Umwertung der Werte unausbleiblich ist. Gerade in einer solchen Zeit kann man den wirklichen Revolutionär erkennen. Jene, die nur zufällig zur Partei kamen, werden in einer solchen Zeit von einer Panik ergriffen, sie schwenken nach der äußersten Linken oder äußersten Rechten ab, demoralisieren die Partei; es gibt Heulen und Zähneklappern, eine Jeremiade. Der eigentliche Kern der Partei wird gerade durch solche Ereignisse gestählt. In der deutschen Partei gibt es gegenwärtig in diesem Sinne schwere Meinungsverschiedenheiten und mit der KPD. muß sich auch das EK. der Komintern und auch das ZK. unserer Partei über diese Meinungsverschiedenheiten Klarheit verschaffen.

Ich kann mich hier nicht auf alle Einzelheiten einlassen — das wird von mir auch nicht gefordert — ich will nur den Hauptkern der Streitigkeiten skizzieren, um so mehr, da diese Streitigkeiten wiederum mit unseren inneren Streitigkeiten in enger Beziehung stehen, und sehr stark an die Streitigkeiten mit unserer „Opposition" erinnern.

Ich weiß nicht, Genossen, wie es bei Euch in der Provinz war, aber in Moskau war es so, daß die Frage der deutschen Revolution, die Frage über die Kommunistische Internationale und über die Führung der Kommunistischen Internationale keine unwesentliche Rolle in diesen Diskussionen spielte. Die Genossen aus der „Opposition" haben auf allen Versammlungen außer tausend und einem Vorwurf gegen das ZK. auch noch dem EK. der Komintern vorgeworfen, daß es die deutsche Partei, die deutsche Zentrale zugrunde richtet. In dieser Hinsicht hat sich besonders Genosse Radek hervorgetan.

Ich muß Euch erklären, Genossen, daß für unsere Ansichten, besonders in der deutschen Frage, in Wirklichkeit das ganze ZK. der RKP. und darüber hinaus das ganze Politische Büro die Verantwortung trägt. Diese Frage berührt Rußland sehr nahe. Schon darum waren die Vertreter unserer Partei in der Komintern gezwungen, jede Frage dem Politischen Büro zu unterbreiten, außerdem aber war eine solche Haltung auch infolge der Lage in unserer Partei notwendig. Solange Genosse Lenin unmittelbar an der Arbeit teilnahm, war es bei uns üblich, daß wir, die Funktionäre der Komintern, die Richtlinien unmittelbar festsetzten und uns nur mit dem Genossen Lenin persönlich berieten. Das ganze ZK. war dann der Ansicht, daß sich die Sache infolgedessen auf dem richtigen Geleise befindet. Als dies nicht mehr möglich war, mußten wir auf diesem Gebiete die Führung Iljitschs durch eine kollektive Führung ersetzen. Darum mußten die Vertreter des ZK. und der Komintern die Frage der deutschen Revolution in allen ihren Einzelheiten im Politischen Büro beraten, was wir auch getan haben. Der größte Teil der Beschlüsse wurde einstimmig gefaßt. Sie sind daher kollektive Beschlüsse, für die wir die Verantwortung tragen. Das bedeutet natürlich nicht, daß mich persönlich keine große Verantwortung trifft. Selbstverständlich trage ich aus begreiflichen Gründen eine große Verantwortung.

Worin bestanden unsere Meinungsverschiedenheiten? In der Partei wurden einige unrichtige Angaben verbreitet, die ich zu widerlegen genötigt bin. Es sind Gerüchte im Umlauf, das EK. der Komintern hätte beschlossen, den Aufstand in einer bestimmten Frist herbeizuführen und sie hätte diese Frist der deutschen Partei aufgezwungen. Ich behaupte entschieden, daß der deutschen Partei die Lösung dieser Frage selbst anheim gestellt wurde. Das war unser Standpunkt.

Die zweite Frage, deren Klärung heute höchst wichtig ist, da sie Euch unmittelbar den Kern der Meinungsverschiedenheiten in der KPD. nahebringt, ist die sächsische Regierungsfrage. Wie war die Lage in Sachsen überhaupt? Im sächsischen Parlament gab es eine aus Sozialdemokraten und Kommunisten bestehende Mehrheit gegenüber der Bourgeoisie. Die Differenz betrug, wenn ich mich nicht irre, etwa sechs Stimmen zugunsten der Sozialdemokraten und Kommunisten. Der rechte Flügel der KPD. machte einige Male den Versuch, eine Verständigung mit den Sozialdemokraten zu erzielen, und legal eine Regierung auf parlamentarischer Basis zu bilden. Das EK. der KI. war immer dagegen. Aber als wir die Ereignisse in der Weise einschätzten, daß die Krise eine Frage von Wochen ist, haben wir damals gesagt: Jetzt ist die Zeit gekommen, wo wir unter gewissen Bedingungen in die Regierung eintreten können, um Sachsen als Aufmarschgebiet zu benützen, von wo aus wir den Kampf um die Macht organisieren und entfalten können. Das war damals, als der General Müller zum Militärbefehlshaber in Sachsen ernannt wurde. Ich erinnere mich des Kronstädter Beispiels, im Jahre 1917, als die provisorische Regierung den Kadetten Pepeljajew zum Kommissär ernannt hatte, die eigentliche Macht sich aber in den Händen des Kronstädter Sowjets befand — wie sich damals der Kronstädter Sowjet gar nicht um Pepeljajew kümmerte, ihn verspottete, und wir ihn später zur rechten Zeit verhafteten! Uns schien es, daß die deutschen Genossen vor derselben Aufgabe stehen: sie treten in die Regierung ein, ignorieren den General, mobilisieren die Arbeiter zum Zusammenschluß mit den revolutionären Arbeitern des ganzen übrigen Deutschland, mit anderen Worten: wir betrachteten den Eintritt in die sächsische Regierung als ein Manöver, um einen Fußbreit Boden zu erobern, um die Ereignisse von dort aus zur Entfaltung zu bringen. Wir nahmen damals an, daß wir unsern Eintritt in die sächsische Regierung praktisch an solche Bedingung knüpfen mußten, die die hinter der Regierung Zeigner stehende Gruppe bereit finden ließ, den Kampf gegen das weiße Bayern, gegen die Faschisten, wirklich aufzunehmen, die sofortige Bewaffnung von 50.000 bis 60.000 deutschen Arbeitern durchzusetzen und den General Müller zu ignorieren. Dasselbe war in Thüringen der Fall. Ihr seht jetzt, wie wir uns den Eintritt in die sächsische Regierung vorgestellt haben.

Wir haben uns die Sache keinesfalls als eine parlamentarische Kombination vorgestellt, sondern als ein Manöver zur Erreichung einer bestimmten Position. Die deutschen Genossen haben das für möglich gehalten.

Jetzt werden, wie Ihr wißt, Versuche gemacht, diese ganze Politik nachträglich zu revidieren, und man sagt, die Komintern wäre zu spät gekommen, man hätte die Vorbereitung um drei, vier Monate früher beginnen sollen. Ihr kennt die Broschüre des Genossen Trotzki „Der Neue Kurs", worin er sich auch mit der deutschen Frage beschäftigt. Er spricht direkt aus, der Fehler hätte gerade darin bestanden, daß, „wenn die Kommunistische Partei das Tempo ihrer Arbeit durch die vollständige Ausnützung der ihr durch die Geschichte zur Verfügung gestellten fünf bis sechs Monate zur Organisierung der politischen und technischen Vorbereitungen stark beschleunigt hätte, der Ausgang der Ereignisse ein anderer gewesen wäre als der, den wir im November wahrnehmen mußten". Eine solche Fragestellung ist überhaupt fruchtlos. Es versteht sich von selbst, daß wir, wenn wir die Vorbereitungen fünf Monate früher begonnen hätten, unter sonst gleichbleibenden Verhältnissen besser hätten vorbereiten können. Überhaupt, wenn das viele „Wenn" nicht wäre, so würden wir besser stehen — das ist eine billige Weisheit. Es ist jedoch nicht ohne Interesse, uns bei der Frage aufzuhalten, welche Ansicht die führende Gruppe der Komintern gerade vor fünf bis sechs Monaten war. Im Juli setzte in Deutschland offensichtlich ein Umschwung ein. Die Zentrale der KPD., die das Ansteigen einer neuen revolutionären Welle spürte, erließ einen revolutionären Aufruf gegen die Faschisten. Die Zentrale der KPD. sprach im Namen der Partei offen aus, daß wir für jeden ermordeten Arbeiter zehn Faschisten erschlagen werden. Wer die Geschichte der KPD. kennt, der muß es verstehen, daß das der Anfang eines neuen Kapitels ist. Die Bewegung dehnte sich aus. Die Partei gewann einen immer größeren Einfluß. Und so beschloß sie, den Euch bekannten Antifaschistentag zu veranstalten. Das war ein außerordentlich großes Ereignis. Die sozialdemokratischen Arbeiter standen auf unserer Seite, und alle sahen in der KPD. den Sturmbock, der den Faschismus niederrennen wird, bevor er noch ganz erstarkt

ist. In diesem Augenblick entsanden die ersten Meinungsverschiedenheiten innerhalb des EK. der Komintern. Genosse Bucharin und ich waren abwesend, wir wurden im EK. durch den Genossen Radek ersetzt. Genosse Bucharin und ich, als Mitglieder des EK. der KI., haben, als wir diesen Aufruf erhielten, an die KPD. ein Begrüßungsschreiben gesandt, worin wir erklärten, daß wir diesen Aufruf für großartig halten und die KPD. in ihrem Kampfe und in der Frage des Antifaschistentages wärmstens unterstützen. Genosse Radek begann gegen uns eine heftige Polemik. Er telegraphierte uns (mir und dem Genossen Bucharin) am 12. Juli (das Telegramm ist in meinen Händen), unsere Politik bedeute, daß die Komintern die KPD. einer Juliniederlage entgegentreibe, daß wir uns „unter dem Eindrucke der bulgarischen und italienischen Ereignisse befänden" und die Sache in Deutschland leichtfertig beschleunigen. Genosse Radek sandte am 26. Juli im Namen des Präsidiums der Exekutive ein Telegramm mit folgendem Inhalt ab: „Das Präsidium der Komintern schlägt vor, auf die Straßendemonstrationen am 29. Juli zu verzichten ... Wir befürchteten Rückschläge". Ein Teil unserer Genossen hat den Genossen Radek darin unterstützt.

Als Genosse Trotzki über seine Meinung befragt wurde, antwortete er, daß er sich der Stimme enthalte, da ihm das ganze Material nicht zur Verfügung stehe.

Die Meinungsverschiedenheiten hatten also folgenden Inhalt: Genosse Bucharin und ich sagten: Wir gratulieren zu diesem Schritt, und unterstützten diesen Beginn eines neuen Kapitels sehr. Radek beschuldigte uns, daß wir die Partei einer Juli-Schlacht, daß wir die Partei neuen Niederlagen entgegentreiben. Radek beantragte, den Antifaschistentag abzublasen. Genosse Trotzki enthält sich der Stimme. Ich erzähle das nicht, um hieraus Vorwürfe zu schmieden. Man kann sich ja irren. Aber man soll dann nicht später kommen, dann den Gescheiten spielen und sagen, daß, wenn wir uns früher vorbereitet hätten, es besser gegangen wäre. Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen.

Oder man sagt uns, daß die Frage damals entschieden wurde, als die Ruhrkrise ausbrach. Man hätte schon damals sehen sollen, daß ein neues Kapitel beginnt! Wieder die Steine im Glashaus! Innerhalb der Komintern fanden zwei internationale Konferenzen über die Ruhrfrage statt, die eine in Essen, die andere in Frankfurt. Diese beiden Konferenzen betrachteten wir als den Beginn eines neuen Kapitels.

Die Exekutive der Komintern traf im Zusammenhang damit eine ganze Reihe von Maßnahmen. Warum hat Genosse Trotzki der Objektivität halber in seiner Broschüre nicht erwähnt, daß sich Genosse Radek, der diese Bewegung am besten kannte, der sich für den besten Kenner dieser Bewegung hielt und sich in der Tat an dieser Bewegung am meisten beteiligte — daß sich Genosse Radek am meisten von uns geirrt habe? Er hat die Partei an den Rockschößen zurückgehalten, als man sie in den Kampf hätte führen sollen.

•

Worin bestehen gegenwärtig die Meinungsverschiedenheiten in der KPD.? Die Genossen streiten darüber, ob der Rückzug notwendig gewesen ist oder nicht, oder wenn er notwendig gewesen ist, hätte er kampflos oder unter Kämpfen vollzogen werden sollen?

Genossen! Die Meinungsverschiedenheiten sind sehr groß. Uns, die zwei bis drei Revolutionen hinter sich haben, sind diese Meinungsverschiedenheiten sehr gut bekannt. Der beste Teil der deutschen Arbeiter ist sehr unzufrieden darüber, daß die Partei sich kampflos zurückgezogen hat, da der Kampfwille viel stärker war als während der ersten deutschen Revolution. Man muß die deutschen Genossen darüber erzählen hören, wie die Arbeiter die Straße beherrscht haben, wie die Hunderttausende zählenden Massen der Arbeiter bis zum nächsten Morgen nicht auseinandergingen, sich der Lastautomobile bemächtigten, wie sich Zehntausende von Frauen erhoben, wie sich im Ruhrgebiet die deutschen Frauen mit ihren hungernden Kindern den französischen Soldaten entgegenwarfen, wie die französischen Soldaten Gewehr bei Fuß standen und mit ihnen eine brüderliche Unterhaltung begannen und wie die Arbeiter ihren sozialdemokratischen Führern den Rücken kehrten und nur mit den Kommunisten gingen. Diese Erzählungen beweisen klar, daß in der Partei ein ungeheurer Aufschwung vor sich ging.

Nach der Oktoberberatung gaben sich die deutschen Genossen der Stimmung hin, daß der Kampf morgen entbrennt, daß sie morgen entweder siegen oder sterben werden. Daher verursachte der Rückzug eine große Depression und Enttäuschung, und dazu kam noch die schwere sächsische Prüfung. Ihr erinnert Euch, Genossen, an die Stellungnahme des EK. der KI., über den Eintritt der Kommunisten in die sächsische Regierung. Aber, Genossen, wie geschah es in Wirklichkeit? In Wirklichkeit kam es ganz anders. In die Regierung sind drei Mitglieder der Zentrale der KPD. eingetreten: Böttcher, Heckert und Brandler. Brandler bekam kein Ministerium, sondern die Leitung der Staatskanzlei. Wir haben uns alle vor Freude die Hände gerieben: Es gibt nichts Schlaueres als die KPD., sie sichert sich die Führung der Staatskanzlei. Brandler wird sie übernehmen und ihm wird die Polizei und der ganze Apparat gehorchen. Aber wir haben uns sehr getäuscht; es gab da nichts Schlaues, sondern nur eine echt deutsche Verbeugung vor der Regierungskanzlei, wo, wie man glaubte, die Geheimnisse aller Geheimnisse verborgen sind, und man entsandte dahin den hervorragendsten Funktionär der Parteizentrale. Sie verbrachten in den Regierungsstellen ganze elf Tage, eigentlich nur neun Tage, weil sie ja während der letzten zwei Tage schon zwischen der Regierung und dem Gefängnis standen. Natürlich konnte man während elf Tagen wenig erreichen, und das EK. der KI. machte es ihnen natürlich nicht zum Vorwurf, daß sie sich während dieser Zeit nicht 60.000 Gewehre verschafft haben. Jeder Kampf kann mit einer Niederlage enden, besonders ein revolutionärer Kampf, und statt der 60.000 Gewehre kann man sehr leicht eine Kugel in den Kopf bekommen. Aber man muß sich immer so benehmen, wie ein Revolutionär sich benehmen soll. In Wirklichkeit haben sich aber unsere Genossen als Teilnehmer an einer gewöhnlichen Koalition gefühlt, die aus Kommunisten und Sozialdemokraten bestand. Sie sagten, daß „wir auf dem Boden der Verfassung stehen", daß „wir nur dem Landtag verantwortlich sind" und dergleichen.

Hier zeigten sich die alten sozialdemokratischen Traditionen. Bebel hat seinerzeit das reaktionäre Vorgehen der Regierung mit Erfolg dadurch enthüllt, daß er zeigte, die Regierung tritt die eigenen Gesetze und die eigene Verfassung mit Füßen. Damals war das eine revolutionäre Agitation. Wenn aber die Kommunisten, jetzt im Jahre 1923, die Bebelschen Töne anstimmen, wo General Müller mit seinen Truppen gegen sie marschiert, wenn sie in einem solchen Augenblick sagen, daß „sie auf dem Boden der Verfassung stehen", daß „sie nur dem Landtag verantwortlich seien", dann wird daraus eine banale Parlamentskomödie.

Diese Erfahrung öffnete uns die Augen über viele Schwächen der KPD., deren Vorhandensein wir auch schon früher vermutet haben, aber die wir mit besonderer Anschaulichkeit erst jetzt gesehen haben. Sobald wir sahen, welchen Verlauf die Ereignisse nehmen, schrieb das EK. der KI. an die KPD. einen vertraulichen Brief mit der Bitte, ihn an alle Mitglieder der Zentrale weiterzugeben. Wir waren mit dem Inhalt des Briefes einverstanden, mit uns auch Genosse Trotzki, der nur einige redaktionelle Änderungen beantragte. In diesem Briefe schrieb die Exekutive der Komintern folgendes:

„Aus Eurer Überschätzung des Grades der politischen, technischen Vorbereitung folgte unvermeidlich auch der politische Fehler. Wir, hier in Moskau, wie es Euch wohl bekannt sein muß, betrachteten den Eintritt der Kommunisten in die sächsische Regierung nur als ein militärisch-strategisches Manöver. Ihr habt diesen Eintritt in einen politischen Block mit der „linken" Sozialdemokratie verwandelt, die Euch die Hände band. Wir stellten uns die Sache in der Weise vor, daß der Eintritt in die sächsische Regierung die Eroberung eines Aufmarschgebietes bedeuten würde, um von da aus die Kräfte unserer Armeen zu entfalten. Ihr habt die Teilnahme am sächsischen Ministerium in eine banale parlamentarische Kombination mit den Sozialdemokraten verwandelt. Das Resultat war unsere politische Niederlage. Und was noch schlimmer ist, es ergab sich etwas, was sehr stark an eine Komödie erinnert. Eine Niederlage im Kampfe können wir ertragen, aber wenn eine revolutionäre Partei am Vorabend des Aufstandes geradezu in eine lächerliche Lage gerät, so ist das schlimmer als eine Niederlage. Die Partei hat im ganzen Reiche ganz und gar nicht eine Politik geführt, die den Auftakt zum entscheidenden Kampf hätte bilden können und müssen. Kein einziger entschieden revolutionärer Schritt. Keine auch nur einigermaßen klare kommunistische Rede. Kein einziger ernster Schritt, um die Bewaffnung der Arbeiterschaft in Sachsen vorwärtszutreiben, keine einzige praktische Maßnahme, um in Sachsen Räte zu schaffen. Statt dessen eine „Geste" von Boettcher, der erklärt hatte, daß er das Gebäude des Ministeriums nicht verläßt, so lange er nicht mit Gewalt entfernt wird. Nein, Genossen, so kann man eine Revolution nicht vorbereiten."

Genosse Radek begann, anstatt die deutsche Partei auf diesen Fehler aufmerksam zu machen, in seinen Artikeln den rechten

Flügel der KPD. zu unterstützen, der diese opportunistische „sächsische" Politik verewigen will. Man darf, Genossen, natürlich diese Fehler nicht überschätzen. Die KPD. ist trotzdem eine der besten Sektionen der Komintern, eine mächtige proletarische Partei mit einigen hunderttausenden Arbeitermitgliedern, und sie wird die deutsche Arbeiterklasse zum Siege führen. Aber sie hat auch ihre Schwächen. In ihr stecken noch Überreste aus der II. Internationale. Und das ist auch natürlich: Wir sind ja im Schoße der II. Internationale entstanden. Die III. Internationale ist nicht vom Himmel gefallen und Überreste der II. Internationale sind in allen Parteien vorhanden. Ja, man darf die Fehler nicht verbergen, auch in unserer Partei haben wir kleinbürgerliche Tendenzen, und was anderes ist das als eine Erbschaft der II. Internationale? Solche Überreste gibt es zweifelsohne auch in der deutschen Partei. Fehler kann man gutmachen, aber nur in dem Falle, wenn man die Fehler nennt, wenn wir nicht in einen Vorzug verwandeln wollen, was ein offensichtlicher Fehler ist.

Radek nahm sich der Verteidigung des rechten Flügels der Partei an und begann eine ganze Philosophie zu konstruieren, um deren opportunistisches Verhalten rechtfertigen zu können. Worin kam dies zum Ausdruck? Nach der Niederlage fand eine Konferenz statt. Hier wurde eine Resolution angenommen, deren Kernpunkt folgender Satz war: „Der Faschismus hat über die Novemberrepublik gesiegt, besiegte jedoch nicht die Arbeiterklasse." Als wir diese Resolution gelesen haben, schien es uns, als ob das entweder ein literarischer Seitensprung oder Opportunismus ist. Es stellte sich heraus, daß es beides war. Das kommt oft vor.

Worin liegt nun in Wirklichkeit die Unrichtigkeit dieses Satzes? Vor allem gefällt uns schon das Wort „Novemberrepublik" nicht. Die erste deutsche Revolution brach im Monat November aus, und sie heißt daher Novemberrevolution. In einem Zeitungsartikel kann man natürlich dieses Wort gebrauchen, wie wir zum Beispiel von einer „Julimonarchie" sprechen, aber da, wo es sich um eine theoretische Analyse handelt, mit deren Hilfe wir die Perspektive für uns selbst und für die deutschen Arbeiter klären wollen, müssen wir eine solche Redewendung vermeiden. In diesem Falle wäre eine andere Redewendung angebrachter gewesen, die wir von Marx gelernt haben. Was ist Deutschland heute? Eine bürgerlich-demokratische Republik. Nach der Novemberrevolution nannte sie sich anfangs „sozialistisch", aber das war nur ein Betrug. Sie ist eine bürgerlich-demokratische Republik, das ist viel richtger und klarer gesagt. Aber es handelt sich natürlich nicht um die Terminologie. Was bedeutet es: „Der Faschismus hat über die Novemberrepublik gesiegt, hat aber die Arbeiterklasse nicht besiegt"? Wir finden hier den Sinn nicht.

Welche Konsequenzen wurden hieraus gezogen? Man sagt uns, die Sozialdemokratie sei vom Faschismus besiegt. Dabei ist gerade diese Behauptung vollkommen unrichtig. Wenn die Sozialdemokratie im Kampfe besiegt worden wäre, hätten wir eine ganz andere Taktik befolgen müssen. Wir schlagen jetzt vor, mit den gegenrevolutionären Spitzen der deutschen Sozialdemokratie jede Unterhandlung zu unterlassen. Wenn aber der Satz wahr wäre, daß die deutsche Sozialdemokratie vom Faschismus besiegt wurde, wo würde daraus entspringen, daß wir uns im Gegenteil der deutschen Sozialdemokratie annähern sollen? Marx lehrte uns, daß wir, wenn kleinbürgerliche Parteien, im gegebenen Fall die sozialdemokratische Partei, gegen die Reaktion im Kampfe stehen, diese Parteien in diesem Kampf unterstützen müssen. Aber das ist ja das Entscheidende, daß dem eben nicht so ist.

Genosse Radek fragt: Wer herrscht denn heute in Deutschland? Und er antwortet: Der General — und zieht die Schlußfolgerung: Also haben die Faschisten die Sozialdemokratie besiegt. Wir sagen aber, das „also" ist hier durchaus nicht angebracht. Wer herrscht in Deutschland? Seeckt. Und wer nimmt an der Macht teil? Die deutsche Sozialdemokratie. Sind denn Ebert, der Reichspräsident, und Severing, der preußische Innenminister, nicht Sozialdemokraten? Aber nicht genug damit? Nicht nur die Spitzen der Sozialdemokratie sind an der Macht beteiligt. Wissen wir denn nicht, daß ein paarmal zehntausend, wenn nicht noch mehr einfache Mitglieder der sozialdemokratischen Partei als Bürgermeister, Polizeivorsteher usw. gleichfalls an der Macht beteiligt sind? Auch das ist ein Stückchen Macht. Ohne Zweifel. Die Sozialdemokratie ist auch weiter Teilhaber an der Macht geblieben. Hier liegt der Hund begraben. Seit fünf Jahren, seit der Novemberrevolution, herrscht in Deutschland der Block der Sozialdemokratie und der Bourgeoisie. Innerhalb dieses Blocks ändert sich von Zeit zu Zeit das Kräfteverhältnis. Schon die bürgerliche Revolution in Deutschland ist gegen den Willen der Sozialdemokratie ausgebrochen. Sodann übernahm die Sozialdemokratie die Macht, und begann die deutsche Revolution bergab zu führen, in dem sie die Macht allmählich der Bourgeoisie zurückgab. Auch heute haben wir einen Block der Sozialdemokratie und der Bourgeoisie vor uns. Die Sozialdemokratie ist auch heute noch eine mitregierende Partei in Deutschland, Genosse Radek!

Das entscheidet unsere Taktik gegenüber der Sozialdemokratie. Es handelt sich darum, daß die Sozialdemokratie selbst faschistisch geworden ist. Genossen, diese Erscheinung können wir nicht nur in Deutschland wahrnehmen, sondern in der ganzen II. Internationale.

Sehen wir nun nach Italien! Nehmen wir die Partei Turatis. Turati ist schon seit 25 Jahren Opportunist. Aber konnte man vor zehn Jahren sagen, daß Turati etwa ein Sozialdemokrat vor faschistischem Einschlag ist? Nein, er war Revisionist und gab eine schlechte Zeitung heraus. Jetzt ist er aber ein Sozialdemokrat mit faschistischem Einschlag, seine Partei ist ein Flügel des italienischen Faschismus. Oder denken wir an Bulgarien, an ein Land, daß Euch bekannter ist. Nehmen wir die dortigen Menschiwiki, mit Sakasow an der Spitze. Er ist seit 20 Jahren Opportunist. Aber konnte man vor zehn Jahren behaupten, daß Sakasow ein Sozialdemokrat mit faschistischem Einschlag ist? Plechanow schimpfte auf ihn wegen seines revisionistischen Standpunktes, wegen seiner „Kritik" am Marxismus. Und jetzt nimmt die Partei dieses Sakasow teil an der Regierung des Faschisten Zankow, läßt Kommunisten niedermetzeln usw. Dasselbe sehen wir in allen Parteien der II. Internationale. Dasselbe war auch in Deutschland der Fall. Jetzt müssen wir den Arbeitern sagen, daß die Sozialdemokratie zu einem Flügel des Faschismus geworden ist und dürfen nicht alles umdrehen und sagen, der Faschismus hätte die Sozialdemokrie besiegt, aber nicht die Arbeiter.

Hieraus entspringen zwei taktische Schlußfolgerungen. Wenn die Sozialdemokratie zu einem Flügel des Faschismus geworden ist, dann muß man sie an der Kehle packen, dann muß man auf jede Verhandlung mit ihren Spitzen verzichten, dann müssen wir sie als Leute betrachten, die jenseits der Barrikade stehen. Worin besteht das Neue in der internationalen Arbeiterbewegung? Darin, daß die Sozialdemokratie zu einem Flügel des Faschismus geworden ist. Der Faschismus ist heute eine Mischung der schwarzen Reaktion und der sozialen Demagogie, der direkten Reaktion der Gutsbesitzer und der Aufpeitschung der Instinkte der besitzlosen Volksschichten. Wir sehen das an dem Beispiel von Mussolini und an anderen. Darum fällt es der Sozialdemokratie leicht, sich mit dem Faschismus zu paaren. Das muß den deutschen Arbeitern erklärt werden.

Die deutsche Sozialdemokratie ist ein Teil des gegenwärtigen Regierungsblockes, trotzdem dort Generale an der Macht sind. Ihrem Typus nach unterscheidet sich die deutsche Republik heute schon nicht mehr allzusehr von jeder anderen bürgerlichen Republik, zum Beispiel der französischen. Wozu eine Terminologie gebrauchen, die die bürgerliche Presse Euch gelehrt hat? Wozu von einer Novemberrepublik sprechen? Benützet die marxistische Terminologie: bürgerliche Demokratie, dann werdet Ihr den Arbeitern sagen können, was wirklich ist, daß Deutschland, im Grunde genommen, eine ebenso bürgerliche und ebenso reaktionäre Republik ist wie Frankreich.

Die Sozialdemokratie ist ein Flügel des Faschismus und hieraus entspringt unsere Taktik. Genosse Radek sucht auch Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Faschismus. Allerdings gibt es solche, und sie haben auch eine gewisse Bedeutung. Aber durch ihre Überschätzung gibt Radek der ganzen deutschen Partei eine falsche Orientierung. Hieraus folgt, daß er jene himmelschreiende Geschichte rechtfertigt, die in Sachsen vor sich ging, und die nichts anderes ist, als ein Symptom des Opportunismus, und die wir als eine banale Parlamentskomödie einschätzen. Und er, Radek, verteidigt sie. Das sind in kurzen Zügen unsere derzeitigen Meinungsverschiedenheiten.

*

Auf dem Boden dieser Ereignisse begann ein tiefer Differenzierungsprozeß in der Zentrale der KPD. Letzten Endes stellte es sich heraus, daß die deutsche Zentrale in ihrer Mehrheit dieselbe Linie einschlug, wie das EK. der Komintern. Es ergab sich folgendes Verhältnis: Zwei Genossen auf dem rechten Flügel — Brandler und Thalheimer —; 15 Genossen im Zentrum, deren Stellungnahme im großen und ganzen mit unserem Standpunkt übereinstimmt, nur daß ihr Standpunkt weniger klar formuliert ist; der linke Flügel, der in der Zentrale über sechs, sieben Genossen verfügt und sich viel mehr mit der Vergangenheit beschäftigt, die alte Taktik als Ganzes verwirft, aber im wesentlichen letzten Endes doch unseren Standpunkt einnimmt. Gegenwärtig findet eine Konferenz statt.

Die Exekutive der Komintern wurde vor die Frage gestellt, welchen Rat sie der deutschen Partei jetzt geben soll. Die Exekutive schlug den Kurs ein, die Partei gegen die rechten Abweichungen zu kehren, gegen jene rechten Abweichungen, die dort nicht nur zufällig auch Genosse Radek vertritt und die bei uns hier zuweilen in „linker" Toga prangen. Die Exekutive schlug den Weg ein, die 15 Genossen der Mehrheit mit den linken Genossen zur Herstellung einer gemeinsamen Plattform zu bewegen. Genosse Radek machte alles mögliche und unmögliche, um die Komintern an der Durchführung dieses Beschlusses zu hindern. Er hat sich direkt geweigert, sich dem Beschluß des ZK. unserer Partei zu fügen, das unserer Delegation in der Exekutive gewisse Weisungen erteilte. Wir fragten ihn: Wirst du die Beschlüsse durchführen? Er antwortete: Nein, da ich vom internationalen Kongreß und nicht von euch gewählt wurde. Formell hat er recht. Wir sind alle vom internationalen Kongreß gewählt worden; aber es ist selbstverständlich, daß wir dort unsere Partei vertreten müssen. Wir nahmen einen Beschluß an, wie es Euch bekannt ist, demzufolge der Exekutive der Komintern mitzuteilen ist, daß Genosse Radek in dieser Frage nicht den Standpunkt unserer Partei vertritt. Die Genossen Trotzki, Radek und Pjatakow verfaßten Kontrathesen, mit denen sie sich, über den Kopf unseres ZK. hinweg, an die deutschen Genossen wandten, ohne sie auch nur nachträglich unserm ZK. zugestellt zu haben. Genosse Radek tat alles mögliche, um zu verhindern, daß die Exekutive sich mit der Mehrheit der Zentrale der KPD. in Verbindung setzt. Wir, die andern Mitglieder der Exekutive, machten zuerst einen Verständigungsversuch, wählten eine paritätische Kommission, um unsere Meinungsverschiedenheiten zu beheben. Die Genossen Radek und Pjatakow beantragten Korrekturen opportunistischer Art, die für uns unannehmbar waren. Wir mußten sie ablehnen. Wir versuchten also alles, um zu einer Verständigung zu gelangen, sie aber versuchten alles, um den Fraktionskampf in die Internationale hineinzutragen.

Aber ich bin doch glücklich, Euch sagen zu können, daß es uns trotz dieser Fehler, trotzdem Genosse Trotzki und Genosse Radek früher eine sehr große Autorität unter den deutschen Genossen hatten, schon gelungen ist, eine gemeinsame Resolution der Mehrheit und des linken Flügels der deutschen Zentrale über alle politischen Fragen zu erreichen. Gerade heute hat die Kommission ihre Arbeit beendet, und sie hat die wichtigste politische Resolution einstimmig angenommen. Noch vor einigen Tagen, im letzten Moment vor der Wahl der Kommission, versuchte Genosse Radek, zwischen dem linken Flügel und der Mehrheit der Zentrale der KPD. einen Fraktionskampf zu entfachen. Er spottete darüber, daß wir, die Exekutive der Komintern, zwischen dem linken Flügel und der Mehrheit der Zentrale eine „Ehe" zustandebringen wollen. Wir antworteten: Was ist Schlimmes daran, wenn wir zwischen der Mehrheit der Zentrale und dem linken Flügel, das heißt Hamburg und Berlin, wo sich die besten revolutionären Arbeiter befinden, ohne die in Deutschland keine Revolution möglich ist, eine sogenannte „Ehe" zustandebringen wollen? Trotz ihrer Schwäche in der Vergangenheit haben die Linken im allgemeinen die opportunistische Gefahr richtig gekennzeichnet. Und heute haben sie eine bessere Verbindung mit der Arbeiterklasse Deutschlands als die Rechten, von denen einige echte politische Bankrotteure sind. Nicht darin liegt das Schlimme, daß sich die Rechten geirrt haben, sondern schlimm ist, daß sie ihre Fehler nicht einsehen wollen, was auch bei unserer Diskussion der Fall war.

•

**Die Taktik der Einheitsfront.** Die Politik der Exekutive der Komintern besteht darin, die deutsche Partei nach links zu orientieren und sie gegen die opportunistischen Gefahren einzustellen. Genosse Trotzki hat hier recht, wenn er schreibt, daß man im Jahre 1921 die deutsche Partei ein wenig nach rechts orientieren mußte, als sie sich im März 1921 den Kopf einrannte, und daß die Partei jetzt aus Passivität fortfuhr, die Gefahr links zu sehen. Jetzt ist die Zeit da, wo die Gefahr von rechts kommt. Das ZK. und die Komintern haben das schon angekündigt. Wir setzten im wesentlichen eine Verständigung des Hauptkerns der deutschen Partei mit den Vertretern der großen linken proletarischen Organisation durch, die bisher gegenüber einzelnen Vertretern jener Rechten, die unlängst erst den sächsischen Fehler begangen haben und diese offensichtlich sozialdemokratischen Fehler für reines Gold des wissenschaftlichen Kommunismus hinzustellen versuchten, voller Mißtrauen waren. So steht die Sache, Genossen. Zum Schluß will ich noch darauf hinweisen, daß offensichtlich auch in der Frage über die Einheitsfronttaktik Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Was ist die Einheitsfronttaktik? Wir wollen darüber nochmals eine genaue Formulierung geben. Von unserem Gesichtspunkt aus ist die Einheitsfronttaktik nichts anderes, als eine Methode der revolutionären Agitation und der Mobilisierung der Massen in jenem Stadium der Bewegung, wo wir noch in der Minderheit sind, wo das Kapital noch angreift, wo wir uns verteidigen, wo die Sozialdemokraten noch stark sind usw. Wir sagen, daß dies eine Methode der Agitation und der Organisation ist und nichts anderes. Wer da sagt, daß das etwas anderes bedeutet, der reicht den Sozialdemokraten einen Finger. Radek und der rechte Flügel der KPD. gehen gerade davon aus, daß die Einheitsfronttaktik auch etwas anderes bedeutet, etwas mehr als eine Methode der Agitation und Organisation. Sie sprechen den Gedanken nicht ganz aus. Aber sie denken, daß die Einheitsfronttaktik eine Regierungsbildung mit der SPD. bedeutet, daß das eine ganze Etappe ausfüllen könne, daß eine Art von Bündnis zwischen den Kommunisten und den Sozialdemokraten auf der Grundlage der „Demokratie" möglich sei usw. Das eine bringt das andere mit sich. Hieraus entsteht die Ansicht, daß die Sozialdemokratie vom Faschismus besiegt sei.

Radek wendet ein, daß auch er auf die Sozialdemokraten schimpft. Nicht das Schimpfen ist aber das Entscheidende, sondern die Einschätzung, die Klassenanalyse. Es ist nicht notwendig, daß Ihr allzusehr auf die Sozialdemokratie schimpft, Ihr müßt nur sagen, daß sie jetzt an dem faschistischen Block teilnimmt, anstatt daß Ihr jetzt sagt, daß sie besiegt ist, daß sie dem Faschismus zum Opfer gefallen ist, dann habt Ihr eine andere Perspektive vor Euch. Hieraus ergibt sich auch der unrichtige Standpunkt über die Einheitsfronttaktik.

Bisher hat hier eine Unklarheit geherrscht. Jetzt muß klar Stellung genommen werden. Unser Standpunkt in der Exekutive besteht darin, daß die Einheitsfronttaktik nichts anderes ist, als eine Methode der Agitation und der Mobilisierung, eine Methode der Manöverierung in einer Lage, wo wir von Sozialdemokraten umgeben sind, nicht aber irgendeine demokratische Koalition mit der Sozialdemokratie auf parlamentarischer Grundlage. Aber man muß sich über diese Frage klar aussprechen. Genosse Radek drohte damit, daß hieraus in der Kommunistischen Internationale eine Krise entstehen werde. Ich glaube, daß dies nicht der Fall sein wird, wenn es aber unvermeidlich sein sollte, dann müssen wir sagen — je schneller, desto besser. Wir müssen in der Kommunistischen Internationale diese Frage klarstellen, unsere Partei muß sich darüber aussprechen und auf Grund ihrer Erfahrungen den Arbeitern anderer Länder den Weg weisen.

Das wären also unsere Meinungsverschiedenheiten. Ihr seht demnach, daß sich der Kampf teilweise auch auf die Linie der Komintern ausdehnte, daß man in der Komintern versuchte, gegen die Linie unserer Partei eine Front aufzurichten. Genosse Radek erklärte in Moskau vor Studenten, daß das ZK. durch die Exekutive der Komintern die deutsche Partei zugrunde richte. Wir, als begeisterte Internationalisten, würden schonungslos gegen ein solches Zentralkomitee vorgehen, das es wagen würde, sich gegenüber einer Bruderpartei, die von ihm Führung erwartet, nachlässig zu verhalten. Man sollte uns die Haut über die Ohren ziehen, wenn wir in dieser Frage wirklich einen Fehler zugelassen hätten. Aber es handelt sich darum, daß auch in dieser Frage die Rollen wieder so fatal verteilt sind, daß jene Genossen, die das ZK. der Entartung beschuldigten, in Wirklichkeit sich selbst hinter den Rockschößen jenes rechten Flügels verstecken, der in der eigenen Zentrale nur zwei von 25 Stimmen erhielt. Es stellte sich heraus, daß sie in dieser Frage wieder auf dem rechten Flügel stehen und nicht dort, wo wirkliche Marxisten und Bolschewiki stehen sollen.

Die Komintern befindet sich natürlich in einer schweren Lage. Nach einer Niederlage muß die Arbeiterklasse stufenweise zum Siege geführt werden. Wir sind davon überzeugt, daß die letzten Ereignisse in Polen, Deutschland und Bulgarien trotz allem den Anfang einer neuen Welle der internationalen Revolution bedeuten, die vielleicht diesmal noch abflauen, dann aber wieder aufsteigen wird. Aber das sind Ereignisse von größter Wichtigkeit.

Die Regierung Macdonald wird auch eine „Arbeiterregierung" sein, und die Arbeiter werden daraus lernen. Die Komintern erfüllt zweifelsohne ihre historische Mission, wenn sie nicht zuläßt, daß nach solchen Methoden gehandelt wird,

wie wir es hier vom Genossen Radek sehen, wenn sie nicht zuläßt, daß die Fraktionsmethoden in internationalem Maßstabe in unsere Organisationen hineingetragen werden. Nicht jede Kommunistische Partei hat einen solchen Parteiapparat wie wir. Sie haben kein so hartes Gerippe wie wir. Ich denke, es ist jetzt schon klar genug, daß der, der uns, unseren Apparat angreifen will, nicht mit heiler Haut davonkommen wird. Unsere jungen Bruderparteien sind noch nicht so gestählt, sie haben noch keinen so festen Apparat und keine solche Führung wie wir, und dort kann man natürlich viel Unheil anrichten. Für diese Parteien tragen wir eine große Verantwortung. Bedenkt es, Genossen, daß, wenn Ihr in Orenburg oder Jekaterinenburg lebt, so tragt Ihr auch dort einen Teil der Verantwortung für die ganze Kommunistische Internationale, für diese größte Arbeiterorganisation der Welt. Und es ist keineswegs leicht, in Abwesenheit Iljitschs für die Arbeit dieser Organisation die Verantwortung zu tragen. Und ich glaube, daß wir in dieser Frage besonders unversöhnlich und besonders „hartnäckig" vorgehen müssen, wie es den Bolschewiki, den Schülern Lenins, geziemt. Wir müssen, Genossen, energisch zum Ausdruck bringen, daß wir uns hier keine Späße gestatten, daß wir nicht erlauben, die kommunistischen Bruderparteien zu belästigen, daß wir nicht erlauben, die internationale Disziplin zu verletzen, daß wir nicht erlauben, den Fraktionskampf in die Internationale, in den Reihen der internationalen Organisation des Proletariats hineinzutragen. Wir müssen zeigen, Genossen — und darin werden mit uns alle Parteien der Komintern einverstanden sein — daß wir trotz allem auch weiterhin mit fester Hand die Kommunistische Internationale führen werden, und sollten sich Genosse Radek und andere Genossen rechtsgerichtete Seitensprünge erlauben, so werden wir solche Leute rasch auf den richtigen Platz stellen können. Gegenwärtig muß die Komintern als Ganzes, muß insbesondere aber die KPD. ihre Kräfte gegen die rechten Fehler konzentrieren, Fehler wie sie im Vorschlag des Genossen Radek enthalten sind.

Jene Genossen, die nicht nur die Revolution von 1917, sondern auch von 1905 durchmachten, wissen, wie wir dieser Meinungsverschiedenheiten Herr werden können, in welcher Linie sich diese Meinungsverschiedenheiten bewegen. Denkt daran, wie Martow Differenzen suchte zwischen den Kadetten und den Oktobristen, zwischen Miljukow und Gutschkow. Solche Differenzen gab es ja natürlich, aber das waren nur Detailfragen und Nuancen. Martow verlor sich in den Versuchen, die Taktik der Partei auf diese feinen Differenzen aufzubauen, ebenso wie sich auch Radek darin verliert. Außer Gutschkow und Miljukow war noch Purischkewitsch da — es bestand noch der „Verband des russischen Volkes" —: das waren die Keime des russischen Faschismus. Seine schwarzen Hundert waren die Kampforganisationen des russischen Faschismus. Sie hatten Anhang in den Massen, sie hatten Anhang im Dorfe, sie hatten eine Zeitlang Hausknechte, Droschkenkutscher, Köchinnen — mit einem Worte kleine Leute hinter sich. Wir erinnern uns noch sehr gut daran, daß Genosse Lenin zur Zeit des Dezemberaufstandes, als die Hausknechte, die kleinen Leute hinter unseren Kämpfern standen, dies uns als unsere größte Errungenschaft anrechnete. Radek hat Recht, daß man versuchen muß, diese kleinbürgerlichen Schichten dem Einflusse des deutschen Faschismus zu entziehen. Wir stimmen darin mit ihm überein. Aber man muß sich darüber ganz klar sein, daß wir unsere Taktik dennoch nicht auf die Gegensätze zwischen den Dynastien der Wittelsbacher und der Hohenzollern aufbauen dürfen, wie das Genosse Radek in seiner Resolution erklärt. Es gibt unter ihnen natürlich Meinungsverschiedenheiten, wie es solche auch zwischen der Bande des N. N. Romanow und der Bande Nikolaus II. gab; aber die Taktik einer proletarischen Partei darf keineswegs darauf beruhen. Ich glaube, daß unser einmütiger Beschluß darin bestehen muß, die deutsche Partei zu stärken. Die deutsche Partei schenkt schon heute dem Märchen, daß es in der RKP. eine große Krise gäbe, keinen Glauben. Einige deutsche Genossen, die hier einige Wochen verbrachten, haben wohl etwas gelernt. Ihre Zentrale hat etwas gelernt. Als sie sahen, wie unser ZK. um Moskau kämpfte, als die Anhänger der „Opposition" es ihm entreißen wollten, sagten die Genossen: Wenn wir eine solche Zentrale hätten, so hätten wir es nicht schlecht. Ich glaube, Genossen, daß diese Erfahrung für sie von großem Nutzen sein wird.

Wir betrachten es als ein gutes Vorzeichen für die KPD., daß es ihr mit Hilfe der Exekutive der KI. gelungen ist, eine einheitliche politische Plattform zwischen der Mehrheit der Zentrale und den linken Vertretern der Hamburger, Berliner und der Rheinischen Organisation zu finden. Diese Plattform wird sich jetzt unter der Kontrolle der Komintern wahrscheinlich auch auf dem nächsten Parteitag der KPD. durchsetzen. Sie stellt die Reihen der KPD. gegen die opportunistischen Abweichungen um. Wir halten das als ein glückliches Vorzeichen für die KPD., die, was man auch sagen möge, trotz all ihrer Fehler, eine starke Partei ist, aber vor ungeheuren Aufgaben steht.

Die Komintern begründet jetzt ihre Taktik in Deutschland — auf Grund bitterer Erfahrungen — auf zwei Möglichkeiten: auf die Möglichkeit einer rascheren Entwicklung der Ereignisse, vielleicht schon in diesem Winter, oder auf die Möglichkeit einer längeren Windstille.

Ihr erinnert Euch daran, Genossen, daß die Bolschewiki nach dem Jahre 1905 fast anderthalb Jahre lang nicht wußten, in welcher Richtung sich die Ereignisse entwickeln, ob in der Richtung einer längeren Epoche der Konterrevolution oder in der Richtung eines neuen raschen revolutionären Aufschwunges. Wir konnten erst im Jahre 1907 die Lage richtiger einschätzen und dann auch nur mit Schwankungen.

Es ist begreiflich, daß wir auch für Deutschland nicht voraussagen können, wohin dort die Ereignisse führen — auf eine unmittelbare Entspannung oder auf eine kürzere oder längere Windstille. Alles spricht hier für eine kürzere Dauer der Windstille, wie es bei uns war. Wir sind natürlich keine Geschichtsschreiber, sondern eine lebendige politische Partei, und dieses Kräfteparallelogramm hängt auch von uns ab.

In dieser Hinsicht — was die KPD. betrifft — dürfen wir unseren Genossen aus der Opposition am wenigsten leichtsinnige Späße erlauben. Was man auch sonst sagen möge, so steht die KPD. kraft ihres historischen Schicksals auf dem Vorposten der internationalen Revolution.

Natürlich hat der Beschluß unserer Partei im gegenwärtigen Augenblick eine viel größere Bedeutung als je vorher. Die rechten Abirrungen in der deutschen Partei wird die Exekutive der KI. sehr schnell überwinden, trotzdem die Genossen, die diese rechten Abirrungen verschuldet haben, in der Person des Genossen Radek und zum Teil auch des Genossen Trotzki eine Unterstützung bekamen. Wir hoffen, daß Genosse Radek seinen Fehler noch einsehen wird, und das wird natürlich der beste Ausweg sein, sowohl für uns wie auch für die KPD. und auch für ihn selbst. Sollte er aber diese Fehler nicht einsehen, so werden wir die Kraft, den Willen und die Geschlossenheit haben, trotz dieser Fehler jene Linie durchzuführen, die wir für die einzig richtige halten.

# Politik

## Die Parlamentswahlen im Saargebiet.

Von W. Zink.

** Für den 27. Januar d. J. waren von der Regierungskommission des Saargebietes Neuwahlen für das sogenannte Landesparlament, für den Landesrat angesetzt. Das Parlament stellt eine demokratische Scheinkonzession des Völkerbundes, von dessen „Treuhändern" bekanntlich das Saarbecken verwaltet wird, an die saarländische Bevölkerung dar. Herrschte bis 1920 die französische Militärdiktatur unbeschränkt, so wurde diese später durch eine vom Völkerbundsrat ernannte „Regierungskommission" abgelöst, der das herrschende Frankreich seinen Stempel aufzudrücken vermochte. Um diesen Zusammenhang etwas zu verschleiern, gestand der Völkerbund eine parlamentarische Vertretung durch den Landesrat zu, der jedoch keine gesetzgebende, sondern lediglich „begutachtende" Rechte erhielt.

Selbst das Interpellationsrecht war illusorisch und wurde erst — in beschränktem Umfange — nach energischen Vorstößen der gegenüber der Regierung in Opposition stehenden Parteien erzielt. Der Völkerbund, als die Aufsichtsinstanz des Saargebiets, war mit dieser Farce einer parlamentarischen Vertretung vollkommen einverstanden. Auf Vorhaltungen und Beschwerden billigte der englische Vertreter des Völkerbundrates die Verkümmerung des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes des Saarvolkes.

Der erste Landesrat, in dessen Periode der große Bergarbeiterstreik mit den rigorosen Unterdrückungsmaßnahmen (Zuchthausstrafen wegen Kritik am Völkerbund, am Friedensvertrag, wegen „Aufhetzung" usw. und das berüchtigte Anti-

streikpostenverbot) fiel, war im Frühsommer 1922 gewählt worden. Unsere damals noch schwache Partei vermochte mit 14.629 Stimmen zwei Mandate zu erobern. Die Sozialdemokraten, denen der gesamte reformistische Gewerkschaftsapparat zur Verfügung stand, erzielten 29.210 Stimmen und fünf Mandate. Die absolute Mehrheit erhielt das Zentrum mit 92.382 Stimmen gleich 16 Mandaten. Die drittstärkste Partei war die des Schwerindustriellen Röchling, der den Franzosen an der Saar als einziger deutscher Magnat scheinbar einen nationalistischen Kampf liefert. Er sammelte das national-deutsche Kleinbürgertum und das faschistische Element und errang insgesamt 32.470 Stimmen und fünf Mandate. Zu diesen Parteien gesellten sich noch die frankophilen Haus- und Grundbesitzer mit 15.678 Stimmen oder zwei Mandaten.

Seit dieser ersten Wahl hat die politische Reife des Saarproletariats große Fortschritte gemacht, und zwar dank des Anschauungsunterrichts, den einmal die deutschen Vorgänge und sodann die Verhältnisse im Saargebiet selbst boten. Die Wahlen wurden zu einem Prüfstein dafür, ob das klassenbewußte saarländische Proletariat mit dem Tempo der revolutionären Entwicklung Schritt halten würde. Unserer Aufrüttelung kam es vor allem darauf an, die von der Saar-Sozialdemokratie geflissentlich versuchte Abschnürung der proletarischen Bewegung an der Saar von der Bewegung in Deutschland — sei es im besetzten, sei es im faschistischen Belagerungszustandsgebiet — zu verhindern. Unsere Agitation hat seit Jahr und Tag darauf hingewiesen, daß, entgegen dem Schwindel der auf „westliche Orientierung" hindrängenden Poincaré-Propagandisten, das Saargebiet nicht die friedliche, von keinerlei Auswirkung der sozialen Kämpfe in Deutschland erschütterte „Oase" sein würde, sondern daß die Auswirkungen des gewaltigen Kampfes in Deutschland naturnotwendig auch das Saargebiet zu spüren bekommen würde. Und just noch wenige Tage vor der Wahl ließen die Scharfmacher jegliche Rücksicht auf die Abstimmung fallen. In einem Schreiben an die Saarbrücker Stadtverwaltung und an die Regierungskommission gaben sie offen zu erkennen, daß auch sie Nutznießer der Verelendungs- und Unterdrückungsoffensive der Stinnes-Republik sein wollen. Nachdem bereits die Grubenverwaltung die durch die Steigerung der Lebensmittelpreise und durch die Entwertung des Franken notwendiger denn je gewordenen Lohnforderungen mit dem Bemerken zurückgewiesen hat, daß höherer Frankenlohn nur eine Vermehrung der Inflation (!) und damit weitere Teuerung bedeutet (also Rettung des schwindsüchtigen Franken durch weiteren indirekten Lohnabbau), halten auch die Unternehmer der Hütten- und Metallindustrie die Stunde für gekommen, um der Arbeiterschaft den Lohn zu senken und den Achtstundentag zu rauben. Der Unternehmerverband rüffelte die Stadtverwaltung Saarbrücken, weil sie es gewagt hatte, die Löhne ihrer Angestellten und Arbeiter über das Niveau der Löhne der Metallindustrie hinaus zu erhöhen. Die Regierungskommission wurde scharf gemacht, solche Lohnerhöhungen durch die Kommunen zu verhindern, worauf die Regierungskommission, der das Wohl der Arbeiterschaft so sehr am Herzen liegt, natürlich prompt reagierte.

Am Wahltage hat das Saarproletariat auf die Kampfansage des vereinigten französisch-deutschen Scharfmachertums eine unzweideutige Quittung erteilt. Gegenüber 1922 hat die Kommunistische Partei einen Stimmenzuwachs von nahezu 200 Prozent erfahren, und zwar stiegen die für die KPD. abgegebenen Stimmen von 14.629 auf über 40.000. Unsere Partei rückt als drittstärkste in den Landesrat. (Zur Zeit, da dieser Bericht abgeht, war es noch zweifelhaft, ob fünf oder sechs Mandate auf unsere Liste entfallen.) Unsere Partei hat trotz mangelhafter Presse, die infolge Abtreibung der Druckmöglichkeit durch unsere vereinigten Gegner einschließlich der SPD. außerhalb des Saargebietes hergestellt werden muß, trotz erschwerter Wahlpropaganda (nur gebürtige Saarländer dürfen öffentlich in dem Paradies des Völkerbundes sprechen) den stärksten Stimmenzuwachs von allen Parteien. Vor allem in den Industrieorten, wo die Metallindustrie überwiegt, wurde stark kommunistisch gewählt. In Dillingen, in Dudweiler, in Ludweiler usw. marschiert die KPD. an erster Stelle vor den anderen Parteien. Selbst in die bisherigen Hochburgen des Zentrums ist sie erfolgreich eingedrungen, zum Entsetzen der Kleriker, die sich ihrer Schäfchen vergewissert zu haben meinten. Jedoch die arbeiterfeindliche Haltung des Zentrums bei den Wirtschaftskämpfen, sein Liebäugeln mit dem französischen Gruben-Imperialismus, der auf den Schächten ein unmenschliches Antreibe- und Menschenschindersystem beliebt, haben die christlichen Arbeiter in die Reihen des Klassenkampfes getrieben.

Davon profitierte auch nochmals die SPD., die ebenfalls ihre Stimmenzahl erhöhen konnte, und zwar von 29.210 auf 44.563. Statt der bisherigen fünf Mandate konnte diese Partei, der wiederum der Gewerkschaftsapparat und eine technisch gute Presse zur Verfügung stand, sechs Mandate einheimsen. Jedoch der Spaltpilz sitzt schon tief in der saarländischen VSPD. Die Auswirkungen des Zerfalls dieser Partei im Reiche werden sich auch hier bald bemerkbar machen.

Alle übrigen Parteien erlitten schwere Mandats- und Stimmenverluste. Die absolute Mehrheit des Zentrums ist dahin. Die mit ungeheurem Korruptionsfonds arbeitende separatistische Organisation (eine Vereinigung von Streikbrecherelementen, Gruben-Pinkertons und Poincaré-Agenten) erlitt eine blamable Niederlage. Ganze 5000 Stimmen konnte diese saarländische „Heimat"-Partei kaufen.

Die Wahlen eröffnen der revolutionären Arbeiterbewegung an der Saar eine Reihe neuer Betätigungsmöglichkeiten. Es gilt, die eroberten Positionen organisatorisch auszubauen und die neu zu uns gekommenen Massen politisch zu schulen. Eine wichtige Hilfe hierfür würde die Errichtung einer eigenen Presse sein können.

Große Aufgaben harren der Vollendung, wenn das Saarproletariat zum Bindeglied der deutschen und französischen kommunistischen Bewegung werden soll!

# Wirtschaft

## Die Wirtschaftslage in der Schweiz und die Aufgaben der Arbeiterklasse.

Von Zuercher.

** Die wirtschaftliche Lage der Schweiz steht im Zeichen einer neuen Verschärfung der Krise. Hatten wir während des Sommers 1923 eine gewisse Stagnation, hervorgerufen durch das Anziehen des Exports einiger weniger Industrien und vor allem durch eine lebhafte Bautätigkeit, zu verzeichnen, so nähern wir uns nunmehr einem Zeitpunkte des rascheren Verfalles der nationalen Wirtschaft. Einmal ist durch die völlige Auflösung der deutschen Wirtschaft die Schweiz ihres größten Absatzmarktes beraubt. England, als zweitgrößtes Absatzgebiet der schweizerischen Industrieprodukte, sucht durch Abschließung des eigenen Wirtschaftsgebietes nach außen die durch eine chronische Krise erzeugte Massenarbeitslosigkeit zu beheben, was wiederum die schweizerische Exportindustrie aufs empfindlichste treffen wird. Frankreich, das aus dem Ruhrkriege als Sieger hervorgeht und immer mehr zur vorherrschenden Macht in Mitteleuropa wird, ist dennoch nicht in der Lage, seine Staatsfinanzen nur einigermaßen zu sanieren. Ein weiteres Sinken des französischen Franken ist unausbleiblich und damit auch hier dem schweizerischen Export eine Schranke gesetzt. Dazu kommt, daß auch Amerika sich immer mehr von Europa abwendet und dort die Tendenz einer gänzlichen Abschließung vom europäischen Festlande an Boden gewinnt.

Das Schicksal der schweizerischen Exportindustrien scheint also, wenn auch nicht in einigen Monaten und auch nicht durch einen sprunghaften Verfall, so doch durch wellenlinienartige Abwärtsentwicklung besiegelt.

Die Wirtschaftspolitik des Bürgertums sucht sich dieser Entwicklung anzupassen. Während man anfänglich im Bundeshause in Bern durch eine Politik und Subventionen die Exportindustrie über Wasser zu halten glaubte, ist man heute an einem deutlichen Wendepunkt der Wirtschaftspolitik angelangt. Das Programm der nationalen Abschließung, der Rückkehr der Schweiz zum Selbstversorgerland, zur Autarklie, ist zum Prinzip erhoben worden. Das bedeutet nichts anderes als Abbau der Exportindustrie, was gleichbedeutend ist mit der Existenzlosmachung von einer halben Million Köpfen der schweizerischen Bevölkerung. Aber das ist noch nicht alles. Die schweizerische Landwirtschaft selbst, die heute noch den vierten Teil der Gesamtbevölkerung umfaßt, ist mit der Exportindustrie aufs innigste verknüpft. Der Verfall der Industrie ist gleichbedeutend mit der Verschärfung der Krise in der Landwirtschaft, die auch dem Ruin entgegengeht. Die Existenz des gesamten werktätigen Volkes ist somit durch die Wirtschaftspolitik der herrschenden Klasse aufs äußerste bedroht.

Die heutige Wirtschaftspolitik des Bundesrates, als der Po-

litik der herrschenden Klasse, der Großbauern und der Bankkapitalisten, wirkt sich in erster Linie gegen die Arbeiterklasse aus. Diese soll in ihrer Lebenshaltung heruntergedrückt werden. **Lohnabbau, Beseitigung der Arbeitslosenfürsorge, Abschaffung des Achtstundentages,** das sind die Folgen dieser Politik. Und die schweizerische Bourgeoisie ist gewillt, bis zur äußersten Konsequenz diesen Weg der Reaktion zu gehen. Sie wird im Kampfe um ihre eigene Existenz auch vor den Mitteln der bewaffneten Gewalt nicht zurückschrecken.

**Die Aufgabe der Arbeiterklasse** ist es, den Abwehrkampf gegen die revolutionären Bestrebungen der schweizerischen Bourgeoisie aufzunehmen und zu organisieren. Dabei muß mit allem Nachdruck betont werden, daß die Arbeiterschaft der Aushungerungspolitik der Bourgeoisie nur wirksam entgegentreten kann, wenn sie ihren Kampf gegen diese Politik als Klasse führt. Die alte Methode des gewerkschaftlichen Einzelkampfes muß in der heutigen Periode des Verfalles der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in den meisten Fällen mit einem Mißerfolg für die Arbeiterschaft enden. Die Bourgeoisie ihrerseits ist bestrebt, solche Einzelkämpfe zu provozieren, um so leicht über eine Kategorie oder Gruppe der Arbeiterklasse nach der anderen zu siegen und ihr Programm restlos zu erfüllen. Die Führung einer wirklich proletarischen Klassenkampfpolitik besteht darin, daß die Arbeiterklasse es nicht zuläßt, daß die Bourgeoisie die nationale Wirtschaft mehr und mehr dem Zerfall überläßt, ja diesen Zerfall durch eine verblendete, reaktionäre Wirtschaftspolitik geradezu fördert.

Die Arbeiterklasse muß dem reaktionären, volksfeindlichen, großkapitalistischen Wirtschaftsprogramm ihr eigenes proletarisch-revolutionäres Wirtschaftsprogramm entgegenstellen, ein Wirtschaftsprogramm der Zukunft des gesamten werktätigen Volkes. Verhinderung der Abwanderung des schweizerischen Kapitals, Öffnung des Bankgeheimnisses, Umstellung der schweizerischen Industrie auf Massenbedarfsartikel unter intensiver Ausnützung der schweizerischen Wasserkräfte, planmäßige Elektrifizierung, Aufnahme der Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland sind die nächsten Forderungen, die in diesem Programm enthalten sein müssen. Führt die Arbeiterklasse ihren Kampf auf der Grundlage eines solchen Programms, so wird sie auch immer mehr Verbündete unter den Mittelschichten, unter den Angestellten und den Kleinbauern gewinnen. Und in der Gewinnung, der Neutralisierung dieser Schichten, in ihrer Loslösung von den Führern des Großkapitals und ihrer Sammlung unter der Fahne des Klassenkampfes ist auch der Sieg der schweizerischen Arbeiterklasse über die kapitalistische „Ordnung" verbürgt.

**Die Aufnahme des Abwehrkampfes** ist heute eine dringende Notwendigkeit, soll nicht eine weitere Verschlechterung der Lage der Arbeiter eintreten. Daß es möglich ist, mit Erfolg Kämpfe zu führen, ist durch den letzten Streik im Holzgewerbe bewiesen worden. Hier wurde auch der Beweis erbracht, daß der Wille zur Solidarität und zum Kampf in weitesten Kreisen der organisierten Arbeiter vorhanden ist. Dieser Kampf- und Solidaritätswille kann aber heute nicht restlos ausgenützt werden, weil ein Teil der Gewerkschaftszentrale und namentlich die Leitung des Gewerkschaftsbundes auf dem Standpunkt steht, möglichst allen schärferen Kämpfen auszuweichen. Der Erfolg in Basel war allerdings durch die relativ günstigeren Verhältnisse im Baugewerbe möglich. In anderen Gewerben und Industrien bedarf es weit größerer Anstrengungen, umfassenderer Vorbereitungen und namentlich einer zentralen Leitung, die willens und fähig ist, alle Kräfte zu mobilisieren und den gegebenen Verhältnissen entsprechend einzusetzen.

**Die Schaffung eines Solidaritätskartells** aller auf dem Boden des Kampfes stehenden Gewerkschaftsverbände, Kartelle, Unionen und lokalen Sektionen wird zu einer dringenden Notwendigkeit. Die Aufgaben dieses Solidaritätskartells hätten darin zu bestehen, die revolutionären Gewerkschaften und Kartelle zu aktivisieren, um den schweizerischen Gewerkschaftsbund zu einer wirklichen Kampforganisation auszubauen, die auch den Willen hat, den einheitlichen Massenkampf gegen die Reaktion aufzunehmen. Mittel dazu sind eine systematische Propaganda unter den Arbeitermassen und ein einheitliches Vorgehen im Gewerkschaftsbund und in seinen Organen. Bis die Instanzen des Gewerkschaftsbundes die Führung des Massenkampfes gegen die Bourgeoisie aufnehmen, müßten die dem Solidaritätskartell angeschlossenen Organisationen sich einen Ausschuß geben, der die Arbeit zur Revolutionierung des Gewerkschaftsbundes zu leiten und ferner den jeweiligen Verhältnissen entsprechend, soweit seine Kräfte reichen, den Massenkampf vorzubereiten und zu führen hätte.

# Arbeiterbewegung

## Die Gewerkschaftsspalter in Deutschland am Werke.

Von Heckert.

** Es ist der Arbeiterschaft aller Länder bekannt, daß die Lage der deutschen Arbeiterklasse eine so elende geworden ist, wie nie zuvor. Nirgendswo müssen die Arbeiter für solche Hungerlöhne sich ausplündern lassen, wie das in dem Lande geschieht, das die größte Gewerkschaftsbewegung der Welt hat. Dieses Elend der deutschen Arbeiter ist nicht allein, nicht einmal in der Hauptsache, den mißlichen Verhältnissen zu danken, in die Deutschland nach Beendigung des Weltkrieges gelangt ist. Eine unendlich größerere Schuld an der Lage der deutschen Arbeiter als diese mißlichen Verhältnisse des Reiches tragen die Spitzen der deutschen Gewerkschaften, insbesondere die Führer des ADGB. Diese Leute konnten sich seit mehr als zehn Jahren nicht genug tun in der Leistung freiwilliger Lakaiendienste an die Bourgeoisie.

Schon im Jahre 1917 schrieb die von der Noskesoldateska ermordete Rosa Luxemburg über die deutschen Gewerkschaftsführer, „daß sie Prostituierten gleichen, die jedem willig sind auf den leisesten Pfiff". Nirgends gab es nach Beendigung des Krieges und auch noch in späteren Jahren so viel und so günstige Gelegenheiten, um die Macht der Arbeiterklasse zu erweitern wie in Deutschland. Die Gewerkschaftsspitzen haben aber alles Menschenmögliche getan, um die Arbeiter dem Kapital wieder zur bedingungslosen Sklaverei zu überantworten. Dieses Schandwerk ist ihnen leider nur zu gut gelungen. Mit einer teuflischen Systematik waren die Gewerkschaftsführer in Deutschland tätig, um jeden Widerstand der Arbeiter gegen die Verelendung zu brechen. Die Arbeitsgemeinschaft mit dem Kapital wurde von den Gewerkschaftsführern aufgerichtet, und mit dieser Institution der raffiniertesten Betrügerei der Arbeiterklasse spielte man den Unternehmern einen Trumpf nach dem andern in die Hände.

Die deutschen Arbeiter waren nicht so dumm, um das Wesen der Arbeitsgemeinschaft zu verkennen. Sie fühlten instinktiv, daß diese eine Fessel des Proletariats ist, und seit ihrem Bestehen führen sie darum einen Kampf um ihre Beseitigung. Auf diesen Kampf der Arbeiter gegen die Arbeitsgemeinschaft der Gewerkschaften mit dem Unternehmertum antworten die Gewerkschaftsspitzen mit dem Ausschluß der Wortführer der Opposition aus den Verbänden und ihrer Denunziation an das Unternehmertum, damit sie von diesen gemaßregelt werden können. Auch hier haben wir eine Analogie mit der Kriegszeit. Die burgfriedlichen Gewerkschaftsführer denunzierten damals die Oppositionellen an die Militärbehörden, um sie in den Schützengraben oder in die Schutzhaft zu bringen. Und wie die Sozialdemokraten unter Führung der Gewerkschaftsinstanzen während des Krieges die Opposition gegen den Burgfrieden aus der Sozialdemokratischen Partei ausschlossen, so schließen sie jetzt die Gegner der Arbeitsgemeinschaft aus den Verbänden aus.

Als im Frühjahr 1922 nach dem großen Eisenbahnerstreik das kapitalistische Deutschland die erste große Offensive gegen den Achtstundentag und die Rechte der Arbeiter im Betriebe einleitete, da erklärten die Herren Gewerkschaftsführer nicht etwa: jetzt müssen alle Arbeiterkräfte zur Abwehr der Unternehmeroffensive eingesetzt werden, sondern im Gegenteil: „der beste Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse ist der Kampf gegen die Kommunisten". Ihrem Kampfruf entsprechend, haben die Gewerkschaftsführer eine große Anzahl revolutionärer Elemente aus den Gewerkschaften ausgeschlossen. Trotz dieser Maßregel gelang es ihnen aber nicht die Opposition gegen die Arbeitsgemeinschaftspolitik auszurotten. Diese wuchs vielmehr so beträchtlich, daß sie auf dem Gewerkschaftskongreß in Leipzig die Mehrheit erhielt und auf dem Kongreß den Austritt aus der Arbeitgemeinschaft, wie die Aufgabe aller arbeitsgemeinschaftlichen Tendenzen durchsetzte. Deutsche Gewerkschaftsführer sind aber über Mehrheiten erhaben, sie sind nur Schwärmer für die bürgerliche Demokratie, nicht aber Anhänger der Demokratie in der Arbeiterbewegung. Wie sie mit Heldenmut gegen die Diktatur des Proletariats kämpfen, so kämpfen sie mit noch größerer Kraft und unter Anwendung der schuftigsten Mittel für die Aufrichtung ihrer Diktatur in den Verbänden.

Im Jahre 1923 hat die arbeitsgemeinschaftliche Politik der Gewerkschaftsführer vollständig Schiffbruch erlitten. Die Kapitalisten können die Hilfe der Lakaien des ADGB. bei der Ausbeutung und Niederwerfung der Arbeiter entbehren. In ihrem

Kraftbewußtsein gehen die Unternehmer so weit, daß sie ihren besten Zutreibern aus der Gewerkschaftsführerschaft Fußtritte auf den Hinterteil versetzen. Die Unternehmer haben die ihnen günstige Situation gut und rasch ausgenützt, so daß es heute der deutschen Arbeiterklasse beispiellos schlecht geht. Natürlich will der deutschen Arbeiter aus diesem Elend heraus, und da er sich von den Gewerkschaftsführern verlassen und verraten fühlt, greift er zur Selbsthilfe. Eine große Anzahl solcher Selbsthilfsaktionen, die nicht die Sanktion der Führer erhielten, fanden in den letzten Jahren statt. Doch auch in diesen Aktionen fühlt der Arbeiter, daß er nur dann Aussicht auf Erfolg haben wird, wenn es gelingt, diese Bewegungen gut zu organisieren. Er versteht weiter sehr wohl, daß bei Fortsetzung der reformistischen Gewerkschaftspolitik nicht nur die Unternehmer auf der ganzen Front triumphieren werden, sondern daß auch die Gewerkschaften in Trümmer gehen.

Aus diesen Erfahrungen heraus wurde die **Weimarer Konferenz** organisiert und von dieser Konferenz das Programm aufgestellt: „Rettung der Gewerkschaften vor dem Untergang — Beseitigung der arbeitsgemeinschaftlichen Politik — Wiederaufnahme des rücksichtslosen Klassenkampfes — Reinigung der Gewerkschaften von allen klassenverräterischen Elementen und Neuaufbau der deutschen Gewerkschaftsbewegung zu großen einheitlichen Industrieverbänden." Diese Bestrebungen haben einen ungeheuren Widerhall bei der proletarischen Klasse ausgelöst, Weimar wird von ihr als Rettungsweg aus der Ohnmacht und Erniedrigung aufgefaßt. Anders von den Gewerkschaftsspitzen. Diese wollen ihre arbeitsgemeinschaftliche Politik fortsetzen, sie wollen nichts vom Klassenkampf wissen. Sie führen keinen Kampf gegen den Lohnabbau und geben kampflos den Achtstundentag preis, Ohnmacht und Elend der Arbeiterklasse damit vergrößernd. Gerade in den Tagen, wo es dem Unternehmertum geglückt ist, den Arbeitern wichtiger Gebiete den Achtstundentag zu entreißen, tritt der ADGB. zusammen, um **einen neuen Feldzug gegen die oppositionellen Gewerkschaften** zu organisieren. Diese Leute, die zu dumm und zu feige sind, auch nur die kleinste Position der bedrohten Arbeiterklasse zu verteidigen, beschließen einstimmig: „Diese Vorgänge (Kampf der Weimarer Opposition zur Rettung der Gewerkschaften) zwingen die Gewerkschaften zur Aufrichtung einer **gemeinsamen Abwehr**... Wer sich in den Dienst dieser Sonderorganisation stellt oder den oben gekennzeichneten Bestrebungen gar wissentlich Vorschub leistet, **stellt sich außerhalb der Gewerkschaften.** Die Gewerkschaften von derartigen Schädlingen zu befreien, erfordert das Interesse der Selbsterhaltung und der uneingeschränkten Kampfkraft der Gewerkschaften... Der Bundesvorstand erwartet deshalb von allen Gewerkschaftsmitgliedern, daß sie mit **aller Entschiedenheit von den gekennzeichneten Zersplitterern** abrücken und die notwendigen Maßnahmen zur Befreiung der Organisation von diesen Elementen tatkräftig unterstützen."

Und sofort machen sich entsprechend dieser Anweisung von oben die beamteten Kreaturen des ADGB. in den unteren Organen an die Ausführung dieses teuflischen Planes zur Vernichtung der deutschen Gewerkschaften. Die Gewerkschaftskommission von Berlin und die Gewerkschaftskonferenz von Berlin-Brandenburg haben beschlossen, alle Ortskartelle des ADGB. die sich auf den Boden von Weimar stellen, auszuschließen, und sie sprechen die Erwartung aus, daß die Verbände schnell von den oppositionellen Elementen gereinigt werden.

Das ist die Anweisung zur Zertrümmerung der Gewerkschaften. Das ist die beste Art zur Auslieferung der wehrlos gemachten Arbeiterklasse an die kapitalistischen Blutsauger. Das ist ein Werk, so unerhört, daß jeder bisherige Verrat dieser Instanzen dagegen verblaßt. Im Krieg haben die Gewerkschaftsführer die Gewerkschaften zu den besten Bollwerken der Reaktion ausgebaut, in der Revolution wurden sie von ihnen der Konterrevolution dienstbar gemacht und jetzt sollen sie einfach der Vernichtung überliefert werden. Die Opposition wird alles tun, um diesen Plan zu nichte zu machen. Die faschistischen Banditen an der Spitze des ADGB. sollen ihr Werk nicht vollenden. Die Arbeiter werden auf der Hut sein. In allen Betrieben, in allen Orten, in allen Gewerkschaften werden die Arbeiter aufstehen und dem Gesindel das Handwerk legen, dessen einzige Fähigkeit nur darin besteht, sich für ihre Judastaten an der Arbeiterklasse aus den Taschen der Verratenen zu bezahlen. Vielleicht kann die Weimarer Opposition die Spaltung der Verbände nicht verhindern, aber sie wird verhindern, daß der Kapitalist den Nutzen aus dieser Tat der Arbeitsgemeinschaftler ziehen kann. Die deutschen Gewerkschaften werden unter der Führung der Opposition wieder wachsen zu einer mächtigen und siegreichen Waffe der Arbeiterklasse.

# Die englische Arbeiterpartei und der Lokomotivführerstreik.

Von W. Lada.

Der Zufall, der es gewollt hat, daß an dem Todestag des großen Führers des revolutionären Proletariats der Führer der englischen Arbeiterpartei Ramsay Macdonald den Auftrag übernahm, die erste britische „Arbeiter"regierung zu bilden, hat das Hauptorgan des europäischen Menschewismus, den Berliner „Vorwärts", veranlaßt, „großzügige" Erwägungen über „Moskau und London" anzustellen. Aus diesen Erwägungen zieht es die Schlußfolgerung:

„Das arbeitende Volk Deutschlands muß für den Kampf gegen die Geldsackherrschaft seine eigenen, den Verhältnissen des Landes angepaßten Formen finden. Ist es aber vor die Frage gestellt, ob es sich dabei mehr dem russischen oder mehr dem englischen Beispiel annähern will, so kann ihm die Antwort nicht schwer fallen."

Diese Antwort lautet nach dem „Vorwärts": **„London — nicht Moskau".**

Kein Zufall war es, daß sich ausgerechnet am selben Tage ein bürgerlich-demokratisches Blatt, die „Vossische Zeitung", ungefähr mit demselben Thema befaßte. Und Georg Bernhard schrieb darin folgende beachtenswerte Worte:

„Die Form der Demokratie (in Deutschland) wird mißbraucht, um bestimmte wirtschaftliche **Cliqueninteressen** zur Herrschaft zu bringen. Nicht wirtschaftliche große Interessen, die mit dem Wohl der Mehrheit des Volkes verquickt sind, sondern **Cliquenprofite.** Dasselbe Deutschland, in dem Männer ehrlichster Gesinnung Schändung sozialistischer und demokratischer Ideen der bolschewistischen Autokratie zum Vorwurfe machen, **beugt sich unter der Knute schwerindustrieller Despoten."**

Hier ist von einem Bürgerlichen das Fazit der fünf Jahre Herrschaft der deutschen Menschewisten treffend gezogen. Sie haben die bolschewistischen Methoden der Diktatur des Proletariats als Schändung sozialistischer und demokratischer Ideen gebrandmarkt und haben eine Politik geführt, die letzten Endes sie selbst zu einer Niederlage, das Land unter die Knute schwerindustrieller Despoten gebracht hat. Wo ist die Ursache dieser Erscheinung zu finden. Einzig und allein darin, daß die deutsche Sozialdemokratie als **Arbeiterpartei und Arbeiterorganisation sich gegen die Arbeiterklasse gewandt hat.** In großen, blutigen Massenkämpfen suchte das deutsche Proletariat in den Jahren 1918—1920 dem Kapital die wirtschaftliche und politische Herrschaft zu entreißen; seine einst führende Arbeiterorganisation hat sich allen diesen Kämpfen in den Weg gestellt, hat sie alle als ein Verbrechen gegen das Vaterland erklärt, spiegelte dem Proletariat vor, daß sie bessere, sicherere Methoden zu seiner Befreiung besitze. Das Resultat war, daß sich die Arbeiterklasse immer mehr von der Sozialdemokratie abwandte und noch abwendet, daß die Sozialdemokratie das deutsche Proletariat unter die Knute schwerindustrieller Despoten gebracht hat.

Im Moment der Übernahme der Regierung steht die englische menschewistische Arbeiterpartei vor einer Prüfung, die zwar noch keineswegs mit der deutschen von den Jahren 1918—1920 zu vergleichen ist, die aber jedenfalls lehrreich sein kann. Im Moment der Übernahme der Regierung durch Macdonald ist in England der **Streik der Lokomotivführer ausgebrochen.** Sicherlich gehören die britischen Lokomotivführer weder zu den Schichten des Proletariats, die am meisten durch den Kapitalismus ausgebeutet werden, noch zu jenen, deren Klassenbewußtsein sehr stark entwickelt ist. Nach dem Schiedsspruch des Lohnamtes, der die Lokomotivführer und Heizer zu ihrem Streik veranlaßt hat, soll ihr Lohn auf 6 Pfund — also 120 Mark — in der Woche herabgesetzt werden. Das ist ein Lohn, um den die deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten sicherlich die englischen Lokomotivführer beneiden können. Daß auf der anderen Seite der Führer der englischen Lokomotivführer Bromley geäußert haben soll: „Mag die Arbeiterpartei zum Teufel gehen, wenn ihre Existenz uns schlechtere Löhne einbringt," beweist auch, daß sich die englischen Lokomotivführer mit der Gesamtorganisation des englischen Proletariats nicht besonders verwachsen fühlen.

Wäre der Streik der Lokomotivführer in einer sozialistischen Gemeinschaft geführt, so müßte er als eine Bewegung gewertet werden, die sich gegen das allgemeine Interesse richtet, die sich

Sondervorteile für eine Schicht der arbeitenden Klasse vielleicht auf Kosten der Lebenshaltung des gesamten Proletariats zu erzwingen sucht. In einer kapitalistischen Gesellschaft muß diese Bewegung vor allen Dingen als solche beurteilt werden, deren Spitze sich gegen die Profitinteressen der Eisenbahnkapitalisten richtet. Unter diesen Bedingungen könnte die Stellungnahme einer wirklichen Arbeiterpartei, die das Steuer der Regierung in ihren Händen hielte, nur eine einzige sein: sich gegen diese Profitinteressen der Eisenbahnkapitalisten zu wenden. Wir sehen in England, daß davon keine Rede ist. Die Führer des großen Eisenbahnerverbandes, an dessen Spitze J. H. Thomas und Cramp stehen, von denen der erste gegenwärtig im Kabinett Macdonald das Kriegsministerportefeuille inne hat, hat sich vom ersten Moment an gegen den Streik der Lokomotivführer gewandt. Der Streik sei ein schwerer Fehler, weil — er der Arbeiterpartei ihr politisches Werk erschwere. Diejenigen gewerkschaftlich organisierten Eisenbahner, die sich der Bewegung der Lokomotivführer anschließen wollen, werden im voraus als Verräter bezeichnet. Als der Streik der Lokomotivführer trotz der Bemühungen der Arbeiterpolitikaster ausgebrochen war, suchte Thomas die Eisenbahner mit allen Mitteln davon abzuhalten, daß sie sich der Bewegung anschließen. Trotzdem hat sich ein Teil der Mitglieder seines Verbandes der Bewegung angeschlossen und auch eine Anzahl von Grubenarbeitern, insbesondere in Glasgow und Newport, sind ebenfalls um ihre Lohninteressen in den Streik getreten. Denn trotz des enggewerkschaftlichen, ja sogar zünftlerischen Charakters der Bewegung der Lokomotivführer konnte diese in den Reihen der britischen Arbeiterschaft einen Widerhall finden, weil sie **das Prinzip der Aufrechterhaltung der Kriegslohnsätze** verteidigt.

Der Vorsitzende der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale ist von den Arbeitern für sein Auftreten gegen den Lokomotivführerstreik schon mit den Zurufen „Verräter" belohnt worden. Vor der Arbeiterpartei steht aber eine wichtigere Frage als die, das Odium des Arbeiterverräters von einem ihrer Mitglieder abzuwenden, der schon seit Jahren in weiten Arbeiterkreisen diesen Ruf hat. Es handelt sich darum, ob sich die englische Arbeiterregierung schon bei ihren ersten Schritten dazu entscheiden wird, **gegen die Arbeiterinteressen oder gegen die Interessen der Kapitalisten** einzugreifen. Es heißt, daß sie einstweilen beschlossen hat, vorläufig nicht einzugreifen; nach ihrer Auffassung sei der geeignete Augenblick zu einer Intervention noch nicht gekommen. Diese Stellungnahme ist in der Geschichte Englands nichts Neues. Auch der schlaue Demagoge Lloyd George „enthielt sich" bei gewissen Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit jeder Intervention, um im geeigneten Moment auf eine entscheidende und ausschlaggebende Weise — für das Kapital einzugreifen. Für eine wirkliche Arbeiterpartei ist eine derartige Stellungnahme unzulässig und läßt schon von vorherein auf die **Preisgabe der Interessen der Arbeiterklasse** schließen. Für uns Kommunisten wird das keine Überraschung sein. Nach unserer festen Überzeugung **kann** der Menschewismus und Reformismus nicht anders handeln — ob es sich um die deutschen oder englischen Opportunisten handelt — denn letzten Endes sind sie ja doch nichts anderes als Agenten der Bourgeoisie in der Arbeiterklasse. Aber die breiten Kreise der Arbeiterschaft, die sich zu dieser Überzeugung noch nicht durchgerungen haben, sehen es noch nicht ein. Sie müssen deshalb aufmerksam die Handlungen der englischen Arbeiterpartei am Staatsruder, besonders in ihren Beziehungen zu **den Problemen der Arbeiterbewegung**, verfolgen. Man darf annehmen, daß die Bewegung der Lokomotivführer nicht der letzte Arbeiterkampf sein wird, dem die englische Arbeiterpartei, als herrschende Partei, wird entgegentreten müssen. Mit schwächlichem Ausweichen vor dem Problem, mit schwankender Haltung, mit dem Lavieren zwischen den Interessen der Arbeiterschaft und des Kapitals wird sie sich nicht helfen können. Entweder **gegen das Kapital** oder **gegen die Arbeiterklasse**, so unerbittlich wird das Problem durch die soziale Entwicklung überall gestellt. Diesem Problem, an dem die deutsche Sozialdemokratie so elendiglich zusammengebrochen ist, wird auch ihre englische „Bruderpartei" nicht entgehen. Entpuppt sie sich durch ihre Regierungstätigkeit als eine Partei des Arbeiterverrats — ebenso wie das der Fall in Deutschland für die Sozialdemokratie war — so wird sich **eine freiere Bahn für die Entwicklung des englischen Kommunismus** eröffnen. **Die deutsche Arbeiterschaft aber wird dann einen klareren Einblick in das Problem „London oder Moskau" gewinnen.**

# Jugendbewegung.

## An die werktätige Jugend der ganzen Welt!

**Genossen! Brüder!**

** Ein großes Unglück hat die Armee des kämpfenden Proletariats der ganzen Welt getroffen. Am 21. Januar hat der Tod den genialsten Führer unseres Befreiungskampfes, Genossen **Lenin**, aus unseren Reihen gerissen. Er verließ uns in einem Augenblick, in dem wir seine Kampfesführung notwendiger als je brauchten. Von den ungeheuren Arbeiten und Sorgen überwältigt, fiel er, der so oft die geschlossenen Kolonnen der Arbeiterarmee zum Sturme geführt, auf seinem Kampfesposten in einem Momente, als das Weltproletariat sich zu neuen, entscheidenden Schlachten in den Städten und Bezirken Deutschlands vorbereitet.

Es ist ein Mann gestorben, der in sich die vieljährigen Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung, alle bitteren Lehren ihrer Niederlagen, alle Früchte ihrer glänzenden Siege vereinigte. Es ist der Führer gestorben, der weiter als wir alle sah, der die Gesetze, die unsere Bewegung regieren, vollkommen kannte, der über eine klare Vernunft, über eine große revolutionäre Leidenschaft, über den Wagemut der tapfersten Helden verfügte. Es ist der unermüdliche Lenin mit seinem eisernen, unbeugsamen Willen, mit seiner unerschöpflichen Energie, gestorben, der mit Haß gegen die Feinde der Arbeiterklasse und mit dem unerschütterlichen Glauben an den Sieg erfüllt war. Es ist der Führer gestorben, an den sich Genossen der verschiedensten Nationalitäten um Ratschläge und Weisungen wendeten, der in sich alles Gute, was in den Reihen der Arbeiterbewegung vorhanden war, vereinigte. **Es ist unser größter Theoretiker, Führer, Stratege, Massenorganisator, Kämpfer und Leiter gestorben.**

**Genossen, junge Arbeiter, Arbeiterinnen, Bauern, Bäuerinnen, kommunistische Jugendliche aller Länder!** Beugt Euer Haupt vor der Asche des größten Genies unserer Zeit, vor der Asche dessen, der uns zum Siege geführt hat. Senkt Eure Kampfesfahnen vor diesem frischen Grab!

Aber Ihr sollt nicht verzagen, Euch nicht dem Zweifel und der Verzweiflung überlassen. Überwindet den Kummer! Ihr wißt, daß Lenin nie für sich selbst gelebt hat, er lebte nur für die Sache der Arbeiter. Und wenn unsere Reihen nicht erschüttert werden, wenn die Wellen der Arbeiterrevolution auch weiterhin vorwärtsströmen werden, wenn die Millionen der Arbeiter das Vermächtnis Lenins auch künftighin achten und verwirklichen werden, so wird Lenin leben, wird mit uns sein, wird unseren Reihen die Kampfesfahne vorantragen. Unsere Lage ist schwer: Die Reaktion spannt alle ihre Kräfte an, um die Arbeiterklasse zu unterdrücken; in mehreren Ländern triumphiert die Macht des brutalen, unverhüllten Faschismus. Erbittert greift das Kapital die Arbeiter an und führt zuchthausmäßige Arbeitsbedingungen ein. Die kommunistische Bewegung wurde in einer Reihe von Ländern in die Illegalität gedrängt. Die Sozialdemokraten verraten von Tag zu Tag mehr die Interessen der Arbeiter. Die proletarische Jugend stöhnt unter einem dreifachen Joche: unter der faschistischen Peitsche, unter dem zehnstündigen Arbeitstag und unter dem sozialdemokratischen Verrat. Es gibt nur einen Weg, um sich aus dieser Lage zu befreien, um den Sieg zu erringen. Das ist der von Lenin gezeichnete Weg. Die Arbeiterjugend der ganzen Welt soll diesen Weg betreten und dann werden bessere Tage kommen, so wie auch die Arbeiter und Bauern Sowjetrußlands unter der Führung Lenins den vollen Sieg errangen.

Achtet das Vermächtnis Lenins, vollendet seine Sache, denn sie ist die Sache der ehrlichen Arbeiter der ganzen Welt. Was hat Lenin geleistet und was hat er der Arbeiterklasse als Erbschaft zurückgelassen? Was müssen wir tun?

In Rußland hat Lenin eine **starke, zentralisierte, disziplinierte Partei** im Kampfe gegen den Faschismus, die Bourgeoisie und den Opportunismus geschaffen und erzogen. Er kämpfte für die Einheit, Zentralisierung, den Zusammenschluß der kommunistischen Parteien der ganzen Welt. Darum sollen auch nach dem Tode Lenins alle Kräfte und Gedanken der Arbeiter auf die Unterstützung der kommunistischen Parteien, auf den Kampf für ihre revolutionäre Einheit, gegen die Schwankungen und Halbheiten gerichtet werden.

**Lenin hat das Wesen der bürgerlichen Demokratie enthüllt, er stellte die Frage der Diktatur des Proletariats auf die Tages-**

ordnung, er führte die Arbeiter in Rußland zur Macht und trat an die Spitze des ersten proletarischen Staates der Welt. Möge die revolutionäre Arbeiterschaft und in erster Reihe die Arbeiterjugend auch nach dem Tode Lenins den Kampf um die Arbeitermacht keine Minute lang unterbrechen und sich noch enger um die kommunistischen Parteien, um die kommunistischen Jugendverbände, um die Roten Gewerkschaften und revolutionären Betriebskomitees vereinigen, sich zum letzten entscheidenden Kampfe vorbereiten, die erste Arbeiterrepublik, Sowjetrußland, unterstützen, der Reaktion und dem Faschismus den Todesstoß versetzen!

**Lenin hat die Kommunistische Internationale gegründet und den Verrat der II. Internationale enthüllt.** Die jugendlichen Arbeiter aller Länder, die kommunistischen Jugendlichen sollen auch künftighin über die internationale Solidarität der Arbeiter wachen und mit ihrer ganzen Energie gegen den Verrat der Sozialdemokraten und der II. Internationale kämpfen, sorgfältig darauf achten, daß in unseren eigenen Reihen die Ergebenheit an die Kommunistische Internationale — die erste Regel, das erste Gesetz bleibt.

**Lenin hat die westlichen Arbeiter mit den Millionenmassen der unterdrückten Völker des Ostens in einer Armee vereinigt.** Die Kampfeseinheit der europäischen und amerikanischen Arbeiter mit den Werktätigen der Länder des fernen Ostens und mit den kolonialen Sklaven gegen den Weltimperialismus soll auch künftighin aufrechterhalten und verstärkt werden. Die unterjochte Jugend des Ostens soll auf dem Wege ihrer nationalen und sozialen Befreiung in die Fußstapfen der Arbeiterjugend des Westens treten.

**Lenin hat nicht nur die städtischen Arbeiter, sondern auch die Werktätigen der Dörfer zum Sturme gegen den Kapitalismus aufgefordert und geführt.** Die städtischen Arbeiter sollen auch künftighin die revolutionären Bauern mit sich in den Kampf reißen, die Verbindung zwischen Stadt und Dorf gegen die gemeinsamen Feinde, die Kapitalisten und Agrarier, soll sich befestigen.

**Lenin hat klar die Bedeutung des Kampfes der revolutionären Arbeiterjugend erkannt;** er half uns, die richtige Linie zur Zeit des Weltkrieges zu finden, er unterstützte uns in der Bildung der Kommunistischen Jugendinternationale, hat wiederholt auf die Aufgaben der Arbeiterjugend aller Länder und besonders in Rußland hingewiesen. Mögen die jugendlichen Arbeiter aller Länder ihre Reihen fester um die Kommunistische Jugendinternationale schließen, ihre Verbindung mit den Massen verstärken, den Kampf gegen den Imperialismus und Militarismus führen, die von Lenin geschaffene geniale Strategie und Taktik des revolutionären Kampfes eifrig und energisch erforschen.

Lenin ist gestorben, aber die Resultate seiner ungeheuren Arbeit blieben zurück; es blieb zurück die Kommunistische Internationale, die Kommunistische Partei, die Kommunistischen Jugendverbände, die Roten Gewerkschaften, die Betriebskomitees und die bewaffneten Arbeitertruppen.

Die Arbeiterjugend der ganzen Welt soll ihre Reihen enger um das Vermächtnis Lenins schließen: Möge unsere Generation eine Generation der Leninisten sein, die den von unserem Führer begonnenen Kampf zu Ende führt!

**Lenin ist gestorben, es lebe der Leninismus!**

**Im Namen Lenins weiter in den Kampf zum endgültigen Siege!**

**Moskau, am 27. Januar 1924.**

**Am Tage der Beerdigung Lenins.**

**Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Jugendinternationale.**

# Aus der Internationale

## Brief des EK. der KI. und des Vollzugsbüros der RGI. an die Familie des Gen. Lenin.

**An N. K. Krupskaja-Uljanowa, an die Schwestern, an die Familie Lenins.**

Liebe Genossen!

** In dieser ersten bitteren Stunde, wo wir und mit uns Millionen die ganze Last des Verlustes unseres größten Führers empfinden, wo wir alle von einem Gefühl beherrscht sind: es ist nicht möglich, es ist unmöglich, daß der Tod diesen Einzigen, Unersetzlichen unseren Reihen entrissen hat, denken wir mit tiefem Schmerz an Euch, die das Glück gehabt haben, während seines ganzen Lebens, eines Lebens voll Kampf und Arbeit, in seiner Nähe zu sein.

Wie schwer muß Ihr diesen Schlag empfinden! Ihr wart ja mit ihm durch die innere Gemeinschaft der Gefühle und des Willens eng verbunden. Ihr habt diesen unermüdlichen Kämpfer der Revolution, der zum genialsten Führer der Arbeiter und Bauern Rußlands, zum Führer der Entrechteten der ganzen Welt geworden ist, von den ersten Tagen an gekannt. Ihr habt diesen großen, diesen großartigen Menschen aus der Nähe gekannt, dessen Herz den Kummer anderer Menschen in sich trug und der jedem Hilfsbedürftigen zu helfen bestrebt war.

In unserer Trauer gehört unser erster Gedanke Ihnen, teuere Genossin Nadjeschda Konstantiowna Uljanowa. Sie haben mit Lenin zusammen seinen steilen, dornigen, opferreichen Weg zurückgelegt, bis zu jener stolzen Klippe, von der aus der unvergleichliche Führer die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, die Verwirklichung der Träume seines Lebens: ein befreites Arbeitervolk auf freiem Boden, erblickte. Sie waren die nächste Zeugin dessen, wie die unermüdliche Arbeit, die tapfere, zielbewußte und mit der größten Verantwortung verbundene Führung des Kampfes von Tag zu Tag das Herzblut Lenins ausschöpfte, die Flamme seines Denkens verzehrte, bis endlich die mächtigen, scheinbar unendlichen Kräfte des Giganten erschöpft wurden. Sie, seine nächste Gehilfin im Kampfe und bei der Arbeit für die proletarische Revolution, begleiteten ihn auch auf seinem Leidensweg und waren — unterstützt von den treuen Schwestern — seine aufopfernde und feinfühlige Krankenwärterin.

Im Namen von unzähligen Massen der ganzen Welt, die Lenin geliebt haben und um ihn trauern, danken wir Euch Dreien für jene überströmende, sorgfältige Liebe, mit der Ihr ihn in den Tagen der bösen Krankheit umgeben habt. Unsere Dankbarkeit Euch gegenüber ist ebenso unerschöpflich, wie die Liebe und Verehrung für den großen Dahingeschiedenen. Für jeden, der in der Kommunistischen Internationale die Führerin des revolutionären Befreiungskampfes des Proletariats sieht, bleibt Lenin das Symbol seiner besten Bestrebungen, seines heiligen Kampfes. Einig mit Euch in unendlicher Trauer, wissen wir, daß Ihr Euch unserem feierlichen Versprechen anschließet, für den Kampf, wie er ihn verstand, Kräfte zu sammeln aus der Erinnerung an ihn, der unser Lehrer war in der revolutionären Theorie und Praxis und unser großes Vorbild.

Vorwärts zum Kampf — das ist die einzige, Lenins würdige Ehre, die wir ihm bezeugen können. **Die Weltunion der Kommunistischen Republiken ist das einzige Denkmal, das seiner Größe würdig ist.** In diesem Bewußtsein neigt die ganze Kommunistische Internationale das Haupt vor Euerem großen Schmerz.

Mit kommunistischem Gruße

Moskau, 22. Januar 1924.

**Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.**

**Das Vollzugsbüro der Roten Gewerkschaftsinternationale.**

# Aufrufe

## Der Internationale Bauernrat an die Bauern und Arbeiter der ganzen Welt!

**Brüder und Genossen!**

** Am 21. Januar 1924 ist Genosse Lenin, unser geliebter Führer, gestorben. Die Nachricht seines Todes erfüllt die Herzen aller Arbeiter und Bauern auch in den entferntesten Winkeln des Erdballes mit tiefem Kummer.

Den Namen Lenins kennt die ganze Menschheit. Besonders teuer ist dieser Name allen Werktätigen.

Lenin ist nicht nur ein Genie, das bisher beispiellos dasteht und vielleicht auch in der Zukunft nie mehr wiederkehren wird, nicht nur ein großer theoretischer Lehrer, sondern auch die Verkörperung des kollektiven Willens der Gedanken, der Wünsche, der Bestrebungen der Hunderte von Millionen Werktätiger, der Führer ihrer heroischen, übermenschlichen Taten.

Am Schraubstock oder hinter dem Pfluge war Lenins Name das Symbol des Sieges der Werktätigen über die Klasse der Ausbeuter.

Kein anderer als Lenin ist der Schöpfer des unbesiegbaren Bündnisses der Arbeiter und Bauern, das zur Begründung des

ersten — sich auf den sechsten Teil des Erdballes verbreitenden — Arbeiter- und Bauernstaates führte und in der nahen Zukunft zweifelsohne auch in allen Ländern zum Siege gelangen wird in der Gestalt der Weltunion der Arbeiter- und Bauernrepubliken.

Die Schaffung einer einheitlichen Kampf- und Arbeitsfront der Arbeiter und Bauern gegen die kapitalistischen und gutsherrlichen Ausbeuter, die Aufforderung zum Zusammenschluß zwischen Arbeitern der Stadt und den Bauern des Dorfes ist das Werk Lenins, und das ist sein wichtigstes politisches Vermächtnis.

Unsere Organisation, die die Bauerninternationale genannt wird, ist nichts anderes als die Vertreterin des Bündnisses der Arbeiter und Bauern in internationalem Maßstabe — sie ist das Ergebnis Leninschen Denkens.

Gestorben ist der Schöpfer des Bündnisses der Arbeiter und Bauern, der anerkannte Führer sowohl der Arbeiter wie auch der Bauern — sein Tod erfüllt Millionen von Bauern mit aufrichtigem Kummer.

Lenin ist gestorben — diese traurige Nachricht wird von allen Werktätigen wiederholt und dringt in allen Ländern bis zu den entlegensten Bauernhütten.

Die Feinde des arbeitenden Volkes hoffen, daß es ihnen jetzt leichter gelingen wird, die Kräfte der Werktätigen zu brechen.

Aber ihre Freude ist verfrüht!

Lenin ist gestorben, aber sein Geist, der die ganze arbeitende Menschheit mit der ungeheuren Tiefe seines Empfindens und seiner Selbstverleugnung ergriff, lebt weiter.

Lenin ist gestorben, sein Herz schlägt nicht mehr, aber sein Gedanke lebt, sein Gedanke ist unsterblich und führt die Arbeiter und Bauern zum Siege.

Wir fordern Euch, alle unsere Organisationen und unsere Anhänger in allen Ländern, auf, Eurem tiefen Kummer über den Tod unseres geliebten Führers Lenin Ausdruck zu geben.

Brüder und Genossen!

Es ist unsere heilige Pflicht, die wichtigsten Gebote Lenins, den wichtigsten Punkt seines politischen Vermächtnisses zu erfüllen: **das durch Lenin geschaffene Bündnis der Arbeiter und Bauern zu verwirklichen und auszubauen, den Zusammenschluß zwischen dem Dorfe der Bauern und der Stadt der Arbeiter zu befestigen.**

**Brüder und Genossen!**

Schließt Eure Reihen, die Reihen der Hunderte von Millionen Bauern mit dem Millionenheer der Arbeiter, und dann werden die Arbeiter und Bauern in gemeinsamer Arbeit den Erdball beherrschen und eine neue Ära in der Geschichte der Menschheit eröffnen.

**Durch Kampf und Arbeit wird sie der unsterbliche Geist Lenins dieser glücklichen Zukunft entgegenführen.**

Um so stärker, um so mächtiger möge unter den Bauernmassen der ganzen Welt der Ruf erschallen:

**Bauern und Arbeiter aller Länder, vereinigt Euch!**

Moskau, am 22. Januar 1924.

**Das Präsidium des Internationalen Bauernrates.**

# Buchbesprechungen

## Schriften zur Währungsfrage*).

Von E. Varga.

** Die Schriften des „Vereins für Sozialpolitik" gehörten vor einigen Jahrzehnten zu den besten und fortschrittlichsten Schriften auf dem Gebiete der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Insbesondere im Kampf gegen die vorkapitalistischen Wirtschaftsformen leistete der Verein viel Nützliches. Ich erinnere zum Beispiel an die schönen Bände über den „Wucher auf dem Lande".

Mit der reaktionären Wendung, die die deutsche Bourgeoisie in dem letzten Jahrzehnte genommen hat, änderte sich auch Ton und Inhalt der Schriften des Vereins. (Am schärfsten zeigt sich dies, wenn wir die letzte und vorletzte Ausgabe von Herckners „Arbeiterfrage" vergleichen.)

Die Schriften des Vereins gewinnen immer mehr einen speziell bürgerlichen, reaktionären Charakter. Sie bieten dem Spezialisten manches Interessante; für die Kämpfer in den Reihen der Arbeiterschaft hingegen verlieren sie aber immer mehr an Interesse.

Das hier Gesagte trifft auch auf die oben erwähnten zwei Bücher zu. Theoretisch am interessantesten sind der Aufsatz von Mises und die Arbeit von Braun.

Mises steht voll und ganz auf dem Boden der Quantitätstheorie im engen Sinne. Als Grundthese seiner Auffassung schreibt er folgendes:

„Wird an der Übung, den Abgang im öffentlichen Haushalte durch Neuausgabe von Noten zu bedecken, festgehalten, dann muß unfehlbar früher oder später der Tag kommen, an dem das Geldwesen der Staaten, die dieses Verfahren einschlagen, ganz zusammenbricht."

Nun glaube ich folgendes feststellen zu müssen: Die These von Mises ist nur dann richtig, wenn es sich um einen bedeutenden Abgang im Staatshaushalte handelt. Die Neuausgabe von Noten zur Deckung des Staatshaushaltes kann unter Umständen so gering sein, daß sie eine, mathematisch ausgedrückt, verschwindende Größe bedeutet. Die wissenschaftliche Korrektheit hätte erfordert, diesen Fall auszuschließen, wenn man den Zusammenbruch des Geldsystems nicht auf einen Termin von vielen Jahrhunderten hinausschieben will.

Viel wichtiger ist aber folgendes: Die These Mises' ist natürlich richtig, **kann aber auf Grundlage der Quantitätstheorie nicht bewiesen werden.** Nehmen wir folgenden Fall: Die Wirtschaft eines Staates dehnt sich aus, die Produktion und der Umsatz hebt sich. Infolge dessen ist zur Abwicklung der Warenzirkulation jährlich eine zuschüssige Quantität von Zirkulationsmitteln nötig, vorausgesetzt, daß die Umlaufsgeschwindigkeit der Zirkulationsmittel unverändert bleibt. Wenn nun ein solcher Staat zur Deckung des Abgangs im Staatshaushalte zur Neuausgabe von Noten schreitet, aber jenes Quantum nicht überschreitet, das jährlich nötig ist, um das erhöhte Bedürfnis an Zirkulationsmitteln zu befriedigen, so kann auf Grundlage der Quantitätstheorie keinesfalls der Beweis erbracht werden, daß eine Entwertung des Geldes eintreten muß. Denn für die Quantitätstheorie muß es gleichgültig sein, welche Art von Zirkulationsmitteln und auf welchem Wege diese in Zirkulation gelangen, wenn nur das richtige Verhältnis zwischen der in Zirkulation befindlichen Warenmenge, beziehungsweise dem Gesamtpreis und der Menge, beziehungsweise der Summe der Zirkulationsmittel besteht.

Diese und ähnliche Unstimmigkeiten sind in den vorliegenden Arbeiten in nicht geringer Zahl enthalten. Was aber noch bemerkenswerter ist, der Ton der Arbeiten: insbesondere jener von Mises, ist überwiegend reaktionär. Mises selbst fordert kategorisch die Übergabe der Reichseisenbahn an das Privatkapital, eine Forderung, die mit den alten Traditionen des „Vereins für Sozialpolitik" ganz und gar im Widerspruch steht und außerdem von einem Wissenschaftler, der nicht im Dienste des deutschen schwerindustriellen Kapitals steht, kaum als ökonomisch anerkannt werden kann.

Mises stellt ferner die Frage so dar, als ob die deutsche Inflation bloß eine Folge der Feigheit oder Unwissenheit der Politiker der Nachkriegszeit wäre. Er wirft die Frage, welche Klassen an der Inflation eine Vermehrung, welche eine Verminderung ihres Einkommens erfahren, nicht auf. Hätte er diese Frage aufgeworfen, so hätte er zugeben müssen, daß es gerade die „nichtrevolutionären" Klassen: die Agrarier und Schwerindustriellen es waren, die im Wege der Inflation sich bereichert haben! Es ist sicherlich kein Zufall, daß die, dem deutschen Reichsverband der Industriellen entsprechende englische Organisation: die „Federation of British Industrie" für eine Inflationspolitik eintritt. Es ist aber unter diesen Umständen mindestens eine merkwürdige Behauptung, die Inflation sei durch die schlechte Politik der deutschen Minister und nicht durch die systematische, zielbewußte Steuersabotage der deutschen Bourgeoisie verschuldet.

Die Braunsche Arbeit über die Doppelnote ist eine Zusammenfassung der Sanierungsvorschläge der österreichischen Finanzen.

Es ist merkwürdig, daß die größte Sanierungsaktion, die ein Land in der Nachkriegszeit aus eigenen Kräften vollzogen hat, die Schaffung einer neuen stabilen russischen Valuta, in diesen Arbeiten überhaupt nicht erwähnt wird.

*) **„Pläne und Versuche zur Währungssanierung"** mit Beiträgen von Ernst Wilmersdörffer, Richard Kiliani, F. Gaertner, E. Pharmakides und Martha Braun. — **„Die Geldtheoretische und geldrechtliche Seite des Stabilisierungsproblems"** von Ludwig Mises und Franz Klein. — Verlag des „Vereines für Sozialpolitik".

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Lange Gasse 26.
Druck: „Elbemühl, Wien, IX., Berggasse 31.